

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.  
Heft Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Große Riesa Nr. 52.

Nr. 88.

Montag, 16. April 1923, abends.

76. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt** erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für April 1920.— Mark einschl. Dringelohn. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. **Preis** für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Seite (6 Silben) 250.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Tag 50.— Aufschlag. **Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr** 50.— Mark. **Zeitung Tarife**. **Bemühter Rabatt** erhält, wenn der Bezug verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auszugsgeber in Konkurs gerät. **Ausflug- und Gefüllungsort**: Riesa. **Nächtliche Unterhaltungsbeiträge**: „Bücher an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsbetriebsinstanzen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Weiterleitung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Notarlesung und Verlag**: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle**: Goethestraße 69. **Bekanntmachung für Redaktion**: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstellte: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die am 1. April d. J. fällig gewesenen Brandversicherungsbeiträge auf den 1. Termin 1923, sowie die Maschinen-, Mobiliar- und Einbruchschließstahlversicherungsbeiträge sind nunmehr umgehend an unsere Steuerklasse abzuführen, da in den nächsten Tagen mit der Abfahrt begonnen werden muss.

Der Rat der Stadt Riesa, am 14. April 1923.

Mtg.

## Die sächsische Regierung gegen den Bücher.

Das Wirtschaftsministerium erlässt in der "Staatszeitung" eine Verordnung, wonach die bisherigen Bestimmungen gegen den Bücher in folgender Weise zugunsten der laufenden Bevölkerung verschärft werden:

In allen Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern müssen Preisprüfungsstellen errichtet werden. In Städten mit rezidiertierter Städteordnung auch dann, wenn ihre Einwohnerzahl weniger als 10.000 beträgt. Gemeinden unter 10.000 Einwohnern können einzeln oder gemeinsam mit anderen Gemeinden Preisprüfungsstellen errichten. Für alle Gemeinden, bei denen hierauf keine einzelne oder gemeinsame Preisprüfungsstelle besteht, hat der Kommunalverband eine solche zu errichten.

Über die Bekanntmachung der Preisprüfungsstellen sagt die amtliche Bekanntmachung:

Die Preisprüfungsstellen können von jedermann über alle Tatsachen Auskunft verlangen, die die Preisprüfungsstellen von Wichtigkeit sind, insbesondere über den Bestand, die Aufsicht und die Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs; Antikaten, Räume, in denen Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs hergestellt, gelagert oder gehandelt werden, betreten und dabei bestätigungen vornehmen, mit Zustimmung der zuständigen Behörden die Vorlage von Schlussrechnen, Rechnungen, Protokollen, Kontrakturkunden, Lieferrechnen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schreiben und Büchern, soweit sie sich auf den Ein- und Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beziehen, fordern und darin Einsicht nehmen.

Bei allen Preisprüfungsstellen sind Ausschüsse zur Kontrolle der Preise aller Waren und Gegenstände des täglichen Bedarfs zu errichten. Die Aufgabe dieser Ausschüsse besteht darin, gezielte Besichtigungen zur Mitwirkung bei der Preisprüfung und insbesondere zur Feststellung von Preistreibereien zu verwenden. Es muss ihnen Gelegenheit geboten werden, sich über alle Aufgaben der Preisprüfungsstellen zu unterrichten, Wahrnehmungen aus Verbraucherkreisen und Vorschläge vorzubringen und zum Gegenstand der Beratungen zu machen. Bei der Auswahl der Mitglieder ist darauf Bedacht zu nehmen, dass sie das Vertrauen der minderkaufkräftigen Volkschichten besitzen. Sie dürfen deshalb von den Preisprüfungsstellen nur im Einvernehmen mit den am Orte zuständigen Arbeitern und Angestelltenorganisationen beauftragt werden. Die Art und Weise, wie diese Organe die Benennung ihrer Vertreter vornehmen lassen, bleibt ihnen überlassen. Die Tätigkeit der Mitglieder ist ebenso wie die der Mitglieder der Preisprüfungsstellen ehrenamtlich. Sie erhalten Ausweise. Von der Einrichtung von Kontrollausschüssen kann aufnahmeweise mit Zustimmung des Wirtschaftsministeriums abgesehen werden, wenn die zuständigen Arbeitern und Angestelltenorganisationen sich hiermit einverstanden erklären.

## Deutschland und Sachsen.

Riesa, den 16. April 1923.

\* Erziehungssonntag. Ein alten Brauch wieder aufnehmend batte das ev.-luth. Landeskonsistorium verordnet, dass in den Gottesdiensten des gestrigen Sonntags Missionsdienst Dominik den Gemeinden die erste Pflicht christlicher Kindererziehung aus Herz gelegt werden sollte. Dieser Verordnung entsprechend wollten von der Schönheit christlichen Familienlebens die Kinder reden, mit denen der Posaunenchor des ev. Jungmännervereins den Tag einleitete (Gesangbuch 405 und 551). Die Einladung zu den Gottesdiensten war eigens durch die kirchliche Oberschule in viele Häuser gebracht worden, um auf die Bedeutung, die die Kirche der Erziehung beimitzt, hinzuweisen. Im Hauptgottesdienst predigte Herr Pfarrer Lüthardt über das Wort des Protes an das Volk Israel (5. Mose 11, 26-28); Siehe, ich lege endg. vor den Segen und den Fluch. Er wies darauf hin, wie die deutsche Jugend dem deutschen Volk zum Segen oder zum Fluch werden wird, je nachdem die westlichen Eltern ihre Erziehungspläne erkennen und erfüllen, oder nicht. Er redete davon, dass geheiligtes Vorbild und treues Gebot mit und für die Kinder die Kräfte seien, die den Eltern ihre schwere Erziehungsarbeit erleichterten, eine Arbeit, in der Liebe und Strenge zugleich wirksam sein müssten, damit es gelinge, die Jugend zu unbedingt Geboren und unbedingt Wahrhaftigkeit zu erziehen und sie zu einer gesetzten christlichen Persönlichkeit nach dem Vorbild Jesu Christi heranzubilden. — Auch im Frühgottesdienst hatte Herr Pfarrer Beck über die Notwendigkeit und den Segen christlicher Erziehung gepredigt, sich anschließend an die Mahnung aus Prediger Salomo 12, 1: Gedene an Gott in Deiner Jugend! — Die Jugendgottesdienste, die am Nachmittag gehalten wurden und die Versammelungen der kirchlichen Jugendvereine am Abend legten Zeugnis dafür ab, wie die Kirche nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat bemüht ist, unter Volksschulen durch die Segenkräfte des Evangeliums wieder aufzubauen zu helfen. Möchte ihre Arbeit in weiteren Kreisen nicht nur Verständnis, sondern auch Unterstützung finden. Dann ist der Erziehungssonntag nicht vergeblich gewesen.

\* Konzert des Bücher-Musik-Vereins. Das vom Bücher-Musik-Verein Riesa am Sonnabend im Hotel Höpfner veranstaltete Konzert konnte sich, trotz der Ungnade der Witterung, eines überaus regen Besuches erfreuen. Die Darbietungen des noch jungen Vereins, der unter der umsichtigen und hingebenden Leitung des Herrn

Obermusikmeisters Himmerl ließen sich durchweg auf der Höhe und standen bei der atemlos lauschenden Hörerschaft höchst anerkennung. Es ist erstaunend, zu sehen und zu hören, wie die Bücher, jenes beschiedene, bisher dem häuslichen Musikbedürfnis dienende Instrument, im Verein mit Streichinstrumenten immer mehr Bürgerrecht gewinnt auf dem Boden der öffentlich darbotenen Kunst. Ausführende wie auch der Leiter entledigten sich mit Liebe und Sorgfalt ihrer oft nicht leichten Aufgabe, und so wurden die Darbietungen, die das Lob erwarteten, sauberster Ausführung und geschickter Ausordnung verdienten, von Anfang bis zum Ende zu einem selten schönen, ergriffenden und nachhaltigen musikalischen Ereignis. Noch nie hat Bücherkasper einen Bücherchor in solcher Vollendung spielen hören. Die das ganze Stimmungsvoll einleitende Vorspielklage, eine Komposition des im Laufe des Abends solistisch auftretenden Büchervirtuosen Herrn Holmane, gab im Zusammenspiel Beugnis von der künstlerischen Aussaltung des Leiters wie von dem Verständnis, mit dem die Ausführenden den Intentionen ihres Büchers folgten. Sauberste Ausarbeitung aller dynastischen Feinheiten, feinster Ausdruck, streng musikalische Wiedergabe, das war die Signatur alter vom Verein gebotenen Stücke. Schwierigkeiten, wie sie Modulation und Abhörmus bereiten, Konzert-Ouverture von Swoboda, Sängers Fluch von Spiegelberg) wurden mit Leichtigkeit überwunden. Bei solchen Leistungen wird Loben und Anerkennen dem Kritiker leicht gemacht. Herr Holmane, vom Publikum mit lebhaftem Beifall begrüßt, bot wieder Verleid seiner Kunst. Mit seinem Stimmungsbild Phantom gab er ein Stück Innentheater. Durch virtuoses Können und innere Wärme passte er Herz und Gemüt des Hörer und stürmischer Beifall folgte jedem seiner Vorträge, so dass sich Herr Holmane zu einigen Zugaben verlocken musste. Das meisterhafte Spiel des Künstlers wird uns unvergessen sein. Einem ausserlesenen Genuss boten ferner die Herren Himmerl (Tenorgeige), Sons sen. (Schlagzeug) und Sons jun. (Begeleitung am Flügel) durch Wiedergabe der Vorspielklage von Oelschlegel, eines Kabinettstückes ersten Ranges, das durch Wohlklang und Sanberkeit im Spiel (Sextett- und Oktettengänge der Streicher) entzückte. Reicher Beifall wurde auch diesen drei Herren zuteil. Alles in allem: das Konzert hat gezeigt, was Liebe und Fleiß zum Gelingen einer Sache vermögen. Der Abend war ein Genuss edelster Art, für den wir dem Verein und seinem unermüdlichen, beschiedenen Leiter von Herzen danken mit dem Wunsche, bald wieder mit seiner Kunst eine dankbare Hörergemeinde zu erfreuen und zu erheben.

\* Ruhrspende. Die Beamtenschaft der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt Riesa hat auch in diesem Monat wie in den beiden vorhergehenden für die Ruh 100000 M. gespendet.

\* Verschreibung. Der Vorsteher des hiesigen Postamts, Herr Postdirektor Noll, ist zum 1. Mai nach Chemnitz versetzt worden. Von diesem Tage an hat ihm der Herr Reichspostminister die Oberpostdirektorate beim Postamt 1 in Chemnitz übertragen. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts bekannt.

\* Versicherung der sog. Saisonarbeiterinnen. Wohl jeder landwirtschaftliche Arbeitgeber beschäftigt während der Zeit vom Frühjahrsbeginn bis Ende der Herbstbestellung eine kleinere oder größere Anzahl von Arbeitsfrauen, sogenannte Saisonarbeiterinnen im Stundenlohn, entweder die ganze Woche, oder abwechselndweise mehrere Tage in der Woche. Es wird darauf hingewiesen, dass auch solche Arbeitnehmer, auch wenn sie nicht jeden Tag voll beschäftigt sind, sowohl franken, wie auch invalidenversicherungspflichtig sind, und bei den Meldestellen der zuständigen Krankenkasse (Landkreiskassen zu Gröba) anzumelden und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wieder abzumelden. Im Fall der Entlassung oder ev. Niederlassung haben die Berlonen genau so Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse, vorausgesetzt, dass die gesetzlichen Verbindungen hierzu vorliegen, wie die ständig beschäftigten Verlieferten. Richtbefolgung dieser gelesen. Bestimmungen zieht empfindliche Strafen seitens der zuständigen Versicherungsbehörde nach sich.

\* Der ersehnte Regen hat sich nun doch eingestellt. Durch die Niederschläge am Sonnabend, die mehrere Stunden andhielten, haben die Bäume eine willkommene Auftrichtung erfahren und auch die Kosten unserer Obstbäume und Sträucher öffnen sich unter den Einwirkungen des fruchtbringenden Nass mehr und mehr. Der gestrige Sonntag, an dem es zwar den wärmenden Sonnenstrahlen nicht so recht gelingen wollte, hindurchzuhören, hatte viele Spaziergänger herausgelockt, die in den Nachmittagsstunden die Landstraßen belebten. Die Niederschläge, die in der vergangenen Nacht und während des heutigen Tages von Zeit zu Zeit wieder eingesetzt, haben allerdings auch eine merkliche Abkühlung zur Folge.

\* Der Verband der deutschen Handkreise, Berlin, in dem die ländlichen kommunalen Verbände Deutschlands mit etwa 35 Millionen Einwohnern zusammengefasst sind, sieht in dieser Woche in Dresden seine Verbandsversammlung ab. Vor Beginn der Tagung wurde eine Entschließung gegen die Ruhestörung einmütig angenommen. Es folgten Berichte über das Reichsjugendwurfabgesetz, über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden sowie über die Finanzierung der Landstrassen- und Wegunterhaltung. Zur Brotversorgung der Bevölkerung im Ernährungsjahr 1923/24 wurde eine Entschließung angenommen, in der die einmütige Unsteth zum Ausdruck gebracht wird, das die gebundene Bewirtschaftung der

inländischen Brotgetreideernten in der lebhaftigen Form im kommenden Ernährungsjahr nicht mehr möglich sein werde. Für die Einführung der freien Wirtschaft wird gefordert, dass das Reich zur Sicherung des Brotgetreidebedarfs und zum Zweck der Unterbindung späkulativer Gestaltung des Getreidepreises eine genügend große Brotgetreidereserve anlege und durch steuerliche Heranführung aller leistungsfähigen Bevölkerungskreise Mittel beschaffe, um die Brotversorgung aller nicht mehr erwerbstüchtigen und daher in Not befindlichen Volksgenossen, (insbesondere der Sozial- und Kleinrenter, Kriegsopfer usw.) zu erträglichen Preisen zu ermöglichen.

\* Spaltung in der sächsischen Beamten-Schaft. Der Hauptvorstand des Bundes sächsischer Staatsbeamter (B. S. S.) hat sämtliche Mitglieder der Vereinigung sächsischer Staatsbeamter und des Vereins sächsischer Richter und Staatsanwälte aus dem B. S. S. ausgeschlossen. Sämtlichen Mitgliedern ist dies durch einen eingeschleierten Brief eröffnet worden.

\* Gehaltsdifferenzen im deutschen Beamten-Schaft. Der Hauptvorstand des Bundes sächsischer Staatsbeamter (B. S. S.) hat sämtliche Mitglieder der Vereinigung sächsischer Staatsbeamter und des Vereins sächsischer Richter und Staatsanwälte aus dem B. S. S. ausgeschlossen. Sämtlichen Mitgliedern ist dies durch einen eingeschleierten Brief eröffnet worden.

\* Gehaltsdifferenzen im deutschen Beamten-Schaft. Der Deutsche Beamtenverein teilt mit, dass es zu freien Verhandlungen über die Festlegung der Arbeitszeit im Beamtervertrag wegen der ablehnenden Haltung der Arbeitgeberorganisation nicht kommt kommen können. Am 19. da. Mts. wird sich ein vom Reichs-Arbeitsminister hierfür beratener Schlichtungsausschuss mit der Angelegenheit befassen.

\* Ausbau der staatlichen Stromversorgung. In den letzten Tagen ist das staatliche Stromnetz wieder durch zwei neue 30000 Voltleitungen erweitert worden. Nachdem das Umspannwerk Görlitz der Gleichstromform-Werke-Aktion-Gesellschaft, Gröba, fertiggestellt worden ist, wurde die 30000 Voltleitung Zwickau-Görlitz-Schmölln mit diesem Umspannwerk zusammengeleitet; seitdem erfolgt die Versorgung des Gleichstromnetzes Görlitz über die Anlage der Landesversorgung. Am 7. April wurde auch die 30000 Voltleitung Himmelstädt-Annaberg fertiggestellt und am 8. April ist die Anlage mit dem zugehörigen Umspannwerk der Stadt Annaberg in Betrieb genommen worden; Anläufe an den vom Staat bezogenen Kraftwerken erzielen sich nicht.

\* Verbot der "Deutschen Wacht". Die Dresdenner Wochenzeitung "Deutsche Wacht" ist vom Dresdenner Polizeipräsidium wegen eines Aufsatzes, überreichten "Die letzte Schicksalsstunde", auf sechs Wochen verbaut worden. Die Beschlagnahme wird mit dem § 8 des Gesetzes zum Schutz der Republik begründet, da die in dem Artikel enthaltenen Worte sich auf die republikanische Staatsform beziehen. Gegen Verlag und Schriftsteller fand am 12. April eine Verhandlung vor dem Dresdenner Schulgericht statt, in der der Angeklagte auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik wegen zweier Aufsätze "Die Herrschaft der Republik" und "Die Angst vor der Wahrschau" zu zwei Wochen Gefängnis und 30000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Verurteilung wurde seitens des Verurteilten eingestellt. R. G.

\* Arbeiten für die Gemeinwirtschaft. Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft ist mit einer Erhebung über die Gasversorgung in Sachsen beauftragt. Es soll ermittelt werden, inwieweit die sächsischen Gemeinden mit Gas versorgt sind, die bestehenden Gasverträge den modernen Anforderungen entsprechen, das Bedürfnis nach Koch-, Heiz- und Industriegas zu befriedigen vermögen und wie sich eine Ausdehnung der Gasversorgung über ganz Sachsen für alle Gemeinden und alle Einwohner ermöglichen lässt. Es kann erwartet werden, dass die mehr als 100 Gaswerke Sachsen die ihnen unterbreiteten umfangreichen Ertragsbogen ausfüllen werden, wodurch zum ersten Male ein vollständiges Bild von der Gasversorgung Sachsen gewonnen werden wird. — In ihren Fachauskünften und Monatsberichten hat sich die Landesstelle jener mit der Sozialisierung des Wohnwesens und der Baustoffwirtschaft, der gemeinwirtschaftlichen Regelung der Heilmittelversorgung und des Bevölkerungsbedarfs beschäftigt und wertvolle Vorarbeiten gemacht. Sie wird in nächster Zeit die Frage der Sozialisierung der Wasserföhre und die Regelung der Lebensmittelversorgung in Angriff nehmen. Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft beauftragt, nach Abschluss ihrer Vorarbeiten die Ergebnisse ihrer Untersuchungen und ihre Gutachten und Vorschläge der großen Dienstleistungen durch Beiträge, Vorträge, Bildbühnervorlagen und durch Beiträge zur Kenntnis zu bringen.

\* Bürgerlicher Ordnungsdienst in Dresden. Der Dresdenner Bürgerrat hat dem sächsischen Staatsministerium schriftlich die Petition gemacht, dass in Dresden ein "Bürgerlicher Ordnungsdienst" gebildet wird, der sich ausschließlich aus Mitgliedern der bürgerlichen Parteien, Berufsorganisationen und Gewerkschaften zusammensetzen wird. Zwei und Gliederung des Ordnungsdienstes werden folgendermaßen angezeigt: 1. Leistung des Ordnungsdienstes bei allen Demonstrationen und Versammlungen der bürgerlichen Parteien, Berufsorganisationen und Gewerkschaften unter freiem Himmel. 2. Schutz der Versammlungen der bürgerlichen Parteien, Berufsorganisationen und Gewerkschaften gegen jedwede Störung. 3. Schutz des Eigentums und der Einrichtungen der bürgerlichen Parteien, Berufsorganisationen und Gewerkschaften gegen jedwede Störung. 4. Im Bedarfsfalle stellen sich die Mitglieder des "Bürgerlichen Ordnungsdienstes" den Organen der Republik zur Verfügung zu dem Zwecke, im Zusammenwirken und unter der Leitung der sächsischen Polizeikräfte, die vorerst zum Schutz der Republik bestimmt sind, alle gewalttätigen und ungesetzlichen Anschläge an den Republik abzuwehren. Mit diesem Zu-

grammt hat sich der Dresdner Bürgerrat genau an den Wortlaut der Grundlagen für den Leipziger sozialistischen Ordnungsdienst gehalten. Man darf als sicher annehmen, daß der Zweck dieser Anzeige an die Regierung der sein wird, die Staatsregierung zu einer Erstellungnahme gegenüber dieser Neuordnung zu veranlassen, da sie doch die Gründung gleicher Organisationen seitens der sozialistischen Parteien genehmigt hat.

\* Deutsche Hilfe aus Deutschland. Von deßwegen wird dem Tschönlin-Sachverständigen folgendes geschrieben: Mit dem verdeckten Einfall der Franzosen in das Ruhrgebiet erfaßte die Deutschen in Böhmen, die nach dem Friedensvertrage den tschechoslowakischen Staat angehören müssen, ein Wille mitzuhelfen in der Abwehr der nationalen Not, die über das deutsche Reich gesommen ist. Allenfalls in Deutschland werden Spenden gesammelt und Vorbereitungen für die Aufnahme bedürftiger Kinder aus dem Reich getroffen. Alle Kreise der Bevölkerung wetteifern in Beteiligung bei dem freiwillig übernommenen Hilfswerke. In Reichenberg, Teplitz und allen größeren Städten des deutschen Böhmenlandes wird eifrig hierfür geworben. Auch in Komotau, einer freundlichen Stadt am Fuße des Erzgebirges, unweit der sächsischen Grenze gelegen, deren Bevölkerung seit alten Zeiten als gut deutschsprachig bekannt ist, wurde eine umfassende Filiale in Stadt und Land eingerichtet. Geldsammlungen und Veranstaltungen aller Art dienen für diesen Zweck ansehnliche Mittel. Räther 70.000 Schlesische Kronen fließen aus allen Kreisen dem edlen Hilfswerke zu. Hunderte von Familien erläutern sich freudig bereit, unterernährte Kinder aus Reichsland aus Wohl in Ost und Weste zu nehmen. Bisher hat der Hilfsaufbau in Komotau folgende Spenden verzeichnet: Dem deutschen Reichslandbund in Berlin für die Rote Deutsche 15 Millionen Mark (25.000 Kr.), für die anerkannten sächsischen Erzgebirgsabteile der Amtshauptmannschaft Annaberg, Marienberg und Flöha 18 Millionen Mark (30.000 Kr.), für das Gebiet der Amtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach 3 Millionen Mark (5000 Kr.). Außerdem wurden noch verschiedene kleinere arme Grenzgemeinden bedacht. Gleichzeitig wurde eine umfassende Kinderhilfsaktion eingeleitet, die den Zweck hat, bedürftige Kinder aus den Grenzgebieten nach Komotau auf Erholung zu führen und hier in Ost und Weste zu geben. Vereins am 9. April sind Hunderte solcher Kinder angelommen, um in Komotau Erholung und Erholung zu suchen und zu finden. Diese Aktion soll solange als nur möglich fortgesetzt werden.

\* Glaubt. Herr Väckermeister Tilly beginnt am 10. April sein 25-jähriges Meisterjubiläum.

\* Dresden. Das Dresdner Stadion nähert sich bei bauendem geliebter Rad der Arbeit immer rascher seiner Vollendung. Gegenwärtig ist der weite Platz von schwunden blauen Plätzen und Trabtgittern schon vollkommen eingeräumt. Die bin und wieder gedrängten Besucherinnen, daß das Stadion zu seiner Eröffnung am 17. Mai nicht fertig werden könnte, können wir durchaus zerstreuen. Die Kampfbahn des Stadions wird bei Gründung der Jahresausgabe am Donnerstag vor Pfingsten dem Verkehrs übergeben werden können. Am Ende der nächsten Jahre ist eine Erfüllung weitestgehender Wünsche im Ausbau der Unternehmung durch Schaffung von Beobachtetribünen, Vergrößerung der Nebengänge und insbesondere die Anlage einer Schwimmhalle ins Auge gesetzt. Die Erfüllung aller dieser Pläne wird jedoch von der Wirtschaftlichkeit abhängen, die das Unternehmen im Laufe der Zeit nachweist. Hier spielt sich bekanntlich gegenwärtig ein Kampf um die Märkte ab. Über deren Zahlung oder Nichtzahlung sind bereits mehrere Urteile ergangen. Das Amtsgericht wies eine Klage der Vermieter auf Zahlung der Mietzins ab, während ein anderer Richter derselben Amtsgericht entschied, daß die Mietzins zu zahlen sei. Es liegt also hier wieder einmal der eigenartige Fall vor, daß ein und dasselbe Gericht, nur in anderer Beziehung des Richterkollegiums, in der gleichen Angelegenheit verschiedene Meinung ist.

Dresden. Seit dem 1. April tritt im Zirkus Saracani ein Turner am hohen schwungenden Mast auf, Herr Noramito. Aufgabe dieses eines Saltatores stürzte bei der Sonntags-Nachmittag-Vorstellung der Mast mit dem Artisten, der fast 14 Meter hoch bei Ausübung eines äußerst schwierigen Tricks stand und das eine Bein in einer Schlinge hatte, um. Die vom Zirkus vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen haben es glücklicherweise verhindert, daß jemand von den den Zirkus direkt begleitenden Besuchern verletzt wurde, dagegen wurde Noramito mit schweren Brüchen in die Kliniken eingeliefert.

Bittau. Ein erschütternder Vorgang, der durch die Wahrnehmung einer Person hervorgerufen wurde und dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich auf der böhmischen Bahnhofstation Blatná. Dort wartete auf dem Bahnsteige ein Mann namens Prochaska mit seiner Tochter, die er in die Tschechoslowakei nach Dobřany bringen wollte. Als der Sonnenuntergang eintrat, riss sich plötzlich das Mädchen vom Vater los und hänselte sich dem Zug entgegen. Der Vater wollte die Tochter zurückholen, sie umklammerte ihn aber mit beiden Händen und beide gerieten unter den Zug, von wo sie nur als verstümmelte Leichen unter den Rädern hervorgezogen werden konnten. Der schreckliche Vorfall, der sich vor den Augen einer großen Menschenmenge abspielte, batte auch eine erhebliche Verstärkung des Schnellzuges zur Folge.

\* Weißa. Auftrichter Tod ergriff und als obgefangene Einkreide dem Amtsgericht Spitzigwalde zugeliefert wurden die drei Brüder Döring. Sie verloren bei einem Stellmacher einzusteigen. Zwei weitere Komplizen gewährten dasfelde Schätz. Mit der Unschädlichmachung dieser Verdächtigen glaubt man nun endlich den fortwährenden Diebereien ein Ende gemacht zu haben.

Bauzen. Wirtschaftsminister Hirschfeld besuchte dieser Tage die städtische Handelschule und die Industrie- und Gewerbeschule sowie Unterführung der unliebsamen Bautände, die sich bei diesen Anstalten herausgebildet haben und die immer weitere Kreise zu ziehen scheinen. In öffentlicher Stadtverordnetenversammlung war die Handelschule als Händlerschule bezeichnet worden, weil ein Teil der Bevölkerung nur im Nebenberufe dort Lehrer, im Hauptberufe dagegen Warenlieferer und Devisen wie Effektenmakler sei. In der Industrie- und Gewerbeschule waren für 1 Million Mark Lehrerstellen gestohlen worden. In öffentlicher Stadtverordnetenversammlung hatte Stadtverordneter Weiß erklärt, daß der Verdacht begründet wäre, daß ein Lehrer dieser Anstalt der Dieb sei, weil man gegen 20 Nachschüsse bei ihm gefunden habe. Inzwischen haben in dieser Angelegenheit vor dem Bauzen Landgericht und dem Bauzen Schöffengericht zwei Prozesse gegen Lehrer der Handelschule stattgefunden. In dem einen wurde ein Studentenrat wegen Beleidigung ländlicher Minister zu 50.000 Kr. Geldstrafe verurteilt. Der andere Prozeß brachte geradezu unglaubliche Zustände innerhalb des Lehrkörpers dieser Anstalt an den Tag. Es sollen noch weitere Prozesse bei den Gerichten in dieser Sache anhängig sein. Die Bautände sind geradezu unhaltbar. Die Unterführungen des Ministers, die dieser mit Oberbürgermeister Niedner vornahm, schienen zu einer wesentlichen Klärung beigetragen zu haben.

\* Freiberg. Dem altehrwürdigen Dom droht schwere baulicher Verfall, wenn nicht ungestüm die nötigen Erneuerungsarbeiten am Dache in Angriff genommen werden. Die augenblicklichen Ausbehsungsarbeiten verursachen aber mindestens eine Ausgabe von annähernd 10 Millionen Mark. Die Domgemeinde in Verbindung mit dem Domverein steht da beständig gespannt, einen finanziellen

## Heutiger Dollarkurs (amtlich): 21097 Mark.

Hilfsumme zur Belebung von Vermittlern an die öffentliche Handlung und Auslands zu richten.

\* Steinplatte im Obersdorf. Während eine helle Familie bei einer Theateraufführung im Obersdorf weilt, drangen Diebe in die Wohnung ein und stahlen Meldungsstücke im Gesamtwert von ca. zwei Millionen M. Insbesondere hatten die Diebe Gefallen an fast neuen Damenkleidern gefunden.

\* Döbeln und Lichtenstein. Obensteine-Großherzogliche Wohnförderungen sind die Baumeister von hier, Vogau, Döbeln und Lichtenstein, in den Streit getreten.

\* Plauen. Am Sonnabend gegen 11 Uhr hat sich der Friedrich-August-Theater über die Döbelner, der sogenannten Selbstmörderbrücke, ein 22-jähriges Mädchen aus 18 Meter Höhe auf den Fußboden hinabgestürzt. Sie wurde in schwer verletztem Zustand nach dem Krankenhaus gebracht. — In der Nacht zum Sonnabend drangen Einbrecher nach Belehrung einer Fensterfront in das Erdgeschoss des Städtischen Theaters ein. Offenbar hatten es die Spione aus die Ausraubung des Geldkastens abgesehen. Sie scheinen aber, ehe es ihnen möglich war, in den Kassenraum zu gelangen, durch das Laden der Kontrollorgane gestört worden zu sein, weshalb sie schleunigst flüchteten. Gelobt werden ist nichts.

\* Altenburg. Der Kreis- und Stadtdirektor hat mit Vertretern der Gezüger, Händler, und Verbraucherkreise wegen der Preise für die wichtigen Lebensmittel Verhandlungen geöffnet, in deren Verlauf folgende Preise festgestellt wurden: 1. Vid. Butter 2500 M. ab Gebölt und 2800 M. beim Händler; 1 Vid. Quark 300 M. ab Gebölt und 380 M. beim Händler; 1 Ei 200 M. ab Gebölt und 225 M. beim Händler. Um eine Verschiebung der Lebensmittel über die Kreisgrenze zu verbieten, muß sich jeder Ausläufer durch einen amtlichen Ausweis ausweisen. — Beneidenswerte Altenburger!

## Gerichtssaal.

\* Am Montag, den 23. April beginnt im Schwurgerichtssaal des Dresdner Landgerichts der schon seit langer Zeit mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Hofrat Fritz Rosenthal und Genossen.

## Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller.

Der Verband Sächsischer Industrieller hielt gestern vormittags 10 Uhr im Vereinshaus in Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab, die aus allen Teilen Sachsen außerordentlich stark besucht war. Der Vorsitzende, Herr Otto Moras aus Bautzen, eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er die Anwesenden herzlich willkommen hielt und unter Bezugnahme auf seine Ausführungen in der vorigen Hauptversammlung betonte, daß die damals ausgeschriebenen Befürchtungen wegen der weiteren Verschlechterung unserer wirtschaftlichen und politischen Lage leider wahr geworden seien. Frankreich hat weiteres deutsches Gebiet besetzt und damit eine Zeit schwerer Wirtschaft nicht nur für die Bevölkerung in diesen besetzten Gebieten, sondern für die ganze deutsche Produktion hervorgerufen. Die Versammlung stellte leider in einer Zeit stark rückläufiger Konjunktur statt. Es bedurfte daher mehr als der Zusammenfassung aller Kräfte, um die Krisis zu überwinden. Die Bedeutung der Aufgaben der großen wirtschaftlichen Verbände wächst mit den Schwierigkeiten der Wirtschaft. Auf Seiten, wie den heutigen, wo die Machtmittel des Staates durch die auswärtige Lage geschwächt sind oder wie in Sachsen, die Regierung den Klassenkampfgedanken zur Grundlage ihrer Regierungsprogramme macht, ist der Zusammenhalt aller Kreise der Industrie in einer zentralen Organisation das einzige Gegen gewicht, um die gegen die Industrie gerichteten Strömungen abzuwehren.

Es ließ dann den Vertretern des Ruhrgebietes, der über den Kampf um das Ruhrgebiet aus eigener Erfahrung in der Versammlung berichten soll, herzlich willkommen und versicherte ihm der laufkräftigen Unterstützung der sächsischen Industrie im Kampfe für die bedrängten Volksmassen im Ruhrgebiet.

Aldann erstattete der Vorsitzende des Verbandes, Herr Dr. Johannes Mörz, den sehr umfangreichen Geschäftsbericht. Mörz gab zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten 12 Monaten und stellte fest, daß zwar in der Welt die Einsicht gewachsen sei, daß die durch den Vertrag von Versailles auferlegten Fäden für Deutschland untragbar seien, doch aber diese Einsicht erkannt wurde mit einer ungeheuren Schwäche der deutschen Wirtschaft und der Bereitstellung der deutschen Währung, die sich heute auf einem Stande befindet, der ihre Erholung überhaupt fraglich mache. Durch das Aufbruchende seien weitere Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft herbeigeführt worden, deren voller Umfang sich zurzeit noch garnicht überleben lasse. Seit dem letzten Jahre spüre man auf den Gebieten des sozialen, kulturellen, künstlerischen und literarischen Lebens mit besonderer Schärfe, daß die Wirtschaft nicht mehr die Kraft habe, das zu erreichen, was zu dem würdigen Dasein des deutschen Volkes als einer Auktionation notwendig ist. Die Bereitstellung der deutschen Währung sei die Hauptaufgabe für unsere heutige Wirtschaftslösste. Mörz führte weiter aus: Betriebs einschränkungen und teilweise Stilllegungen haben immer mehr an dem Übergangsstande angenommen. Die Säuberungen des Wirtschaftslebens durch die schwierige außenpolitische Lage Deutschlands und die Geldanschaffung lassen die zahlreichen wirtschaftlichen Hemmungen, die durch die Erfahrung des Reiches und der Länder entstanden, besonders drückend erscheinen. Vom 1. Januar 1923 bis 1. April 1923 sind etwa 800 neue Gesetze erschienen, die das Wirtschaftsleben betreffen, unzurechnbare die Ausführungsverordnungen dazu, und die zahlreichen Erlasse, die die Verwaltung für Aus- und Durchführung der vielen Gesetze herausgibt. Die Wirtschaft leidet immer mehr an dem Übergangsstande an Paragrafen, der im umgekehrten Verhältnis zum Mangels an Kapital steht. Mit Nachdruck wurde besonders darauf verwiesen, daß die fortgesetzte Unruhe der politischen Verhältnisse im Freistaat Sachsen wirtschaftlich außerordentlich schädlich wirkt. Rücksichten auf Zeit, die mit großen Anzahlungen verbunden sind, werden neuerdings sächsischen Firmen deshalb nicht mehr erwartet, weil man außerhalb Sachsen vermutet, daß bestellte Ware und geleistete Anzahlung gefälschet seien.

Der Geschäftsbericht wurde unter lebhaftem Beifall der Versammlung einstimmig angenommen.

Hierauf erstattete der Schatzmeister den Haushaltsericht und machte daran nähere Mitteilungen über die Entwicklung der Geldentwertung auf die Finanzlage des Verbandes, sowie über die hieraus für die Beitragsbemessung und Beitragsabrechnung zu liegenden Konsequenzen. Der Bericht und die Vorschläge des Schatzmeisters finden die einstimmige Zustimmung der Hauptversammlung.

Darauf ergriff Herr Direktor Lehmann i. Ha. Gehrer-Werke in Radebeul das Wort und unterstrich und ergänzte verschiedenes der von Herrn Dr. Mörz in seinem Geschäftsbereich behandelten Punkte aus seinen Erfahrungen aus der Praxis und an Hand seines instructiven Tatortenmaterials.

Sodann erteilte die Hauptversammlung dem Gesamtvorstand unter Dank für seine Tätigkeit Entlastung und ge-

nehmigte nach kurzer Debatte die vorgeschlagenen Satzungänderungen, nachdem vorher noch die ausstehenden Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt worden waren.

Hierauf erstattete ein Vertreter der Industrie des Ruhrgebietes in sehr anschaulicher Weise einen Bericht über die Behandlung der Brotlinie im Ruhrgebiet seit dem Eintritt der Franzosen und über die dort in die Wege geleiteten, unter dem Anzeige des französischen Terrors tätlichen Gewaltmaßnahmen. Nach einem unter lebhaftem Beifall von der Versammlung entgegengenommenen Ausführungen, für die der Vorsitzende dem Redner in warmen Worten den Dank der Versammlung ausdrückte, gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

\* Die anlässlich der Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller in Dresden im Vereinshaus am Sonntag, den 15. April versammelten mehrere 1000 Industrielle Sachsen stellen sich einstimmig hinter die Ruhrpolizei der deutschen Regierung. Sie wissen, daß es sich um die Entscheidung des Schicksals des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft handelt und daß ihre Pflicht ist, mit ihren Brüdern in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkollektiv des Ruhrgebietes durchzuhalten, auch unter den größten Opfern. Wie auch Deutschland, so steht auch die sächsische Industrie in dem unbegrenzten Widerstand der Ruhrbewohner und in der Durchführung dieses Kampfes seitens des ganzen deutschen Volkes das einzige Mittel, um zu einer tragbaren Frieden und der Aufrechterhaltung unserer nationalen Würde und unserer politischen und wirtschaftlichen Einheit zu gelangen."

Hiermit endet die Mitgliederversammlung ihren Abschluß. Hier folgt nach einer kurzen Pause die allgemeine Versammlung, die durch eine Ansprache des Vorsitzenden eröffnet wurde und in der der Reichswirtschaftsminister Erichsen Dr. Brügel einen mit grohem Beifall aufgenommenen Vortrag über "Wirtschaft und Reparationsproblem" hält.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland Reich.

\* Die Banknotenüberwertung mißlingt. Der Versuch, die in der Bekanntmachung des Reichsbankdirektors vom 13. April bestimmten, in Mühlheim an der Ruhr von den französischen Truppen beschlagnahmten Druckformulare als gültige Banknoten in den Verkehr zu legen, ist, wie WLB meldet, gestern von französischen Soldaten in Köln gemacht worden. Die Bank Belgique hat daselbst 400 Millionen Mark in solchen falschen Scheinen der Reichsbankhauptstelle mit dem Gedanken an Unterschrift des Vertrages vorgelegt. Selbstverständlich wurde die Unterschrift abgelehnt. Die vorliegenden Stücke sind im Wege der Durchsicht unbrauchbar gemacht worden.

\* 200 aufgewiesene Eisenbahner in Frankfurt. Sonnabend nachmittags trafen etwa 200 angewiesene Eisenbahner aus Höchstädt a. M., Hörsheim, Hochheim, Wiesbaden, Biebrich, Eckenheim und Dörsheim in Frankfurt a. M. ein. Der Präsident der Reichsbahndirektion in Frankfurt a. M. sprach ihnen den Dank des Vaterlandes und der Reichsbahndirektion aus. Der Eisenbahnerwiderstand und die sächsische Industrie haben zusammen mit dem sächsischen Verband der Gewerkschaften der Franzosen aus. Er sicherte ihnen und ihren Familien, die in wenigen Tagen zu folgen haben, volle Unterstützung an.

\* Eine falsche Behauptung Tornets. Der Kölner Kommissar der interalliierten Rheinlandkommission bittet die Blätter um Veröffentlichung folgender Notiz: Wie sind zu der Feststellung ermächtigt, daß die von Dr. Tornet gegen Ende des Vertrags aufgestellte Behauptung, daß in der Zeit des Kapp-Putsches er (Dr. Tornet) und die Leiter der rheinischen Bewegung noch Köln zu Colonel Ryan von der britischen Besatzung gerufen und ihnen 87 Millionen Pfund Sterling angeboten worden seien für den Fall, daß sie unverzüglich die rheinische Republik ausrichten, jeder Begründung entbehrt. Colonel Ryan hat weder direkt noch indirekt irgendwelche Beziehungen zu Dr. Tornet und seiner Partei unterhalten, und Dr. Tornet ist ihm persönlich unbekannt.

### Eisenbahnerkampf.

\* Abbau des Posttariffs in der Tschechoslowakei. Die Postverwaltung hat sich endlich entschlossen, die Tarife teilweise abzubauen. Die Entmündigung betrifft vorläufig aber nur Drucksachen, Wertbriefe und Pakete.

\* Politik und Wirtschaftlichkeit. Aus Prag wird gemeldet: Um Donnerstag sprach ein Vertreter der Jugendfürsorge beim Minister des Innern und auch bei der Preßstelle des Gesundheitsministeriums vor, um wegen des für Laibach noch ausstehenden 20 sächsischen Kindern zu intervenieren. Es wurde ihm jedoch mit aller Entschiedenheit erklärt, daß unter keiner Bedingung weitere Kinder aus Dresden in die Tschechoslowakei hereingefangen würden, da die für Dresden angekündigte Zahl bereits um 12 überschritten sei. Interventionen seien vollkommen zwecklos.

### Polen.

\* Die Liquidation der deutschen Vermögen. Während der Anwesenheit des Ministerpräsidenten in Polen fand nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur eine längere Konferenz mit dem Präsidenten des Hauptliquidiationsamtes sowie mit dem Wojewoden in der Angelegenheit der Liquidation der deutschen Vermögen in den westlichen Wojewodschaften statt. Auf der Konferenz wurde eine Reihe von Verträgen geschlossen, deren Ziel die endgültige Liquidation des deutschen Vermögens ist. Auf die ganze Aktion wurde ein Kredit von 10 Milliarden gegeben, der im Gebotssale erheblich erhöht werden kann. Außerdem wird die Regierung der Landeskreditgesellschaft in Polen die erforderlichen langfristigen Kredite zu den Kriegsbedingungen dieser Stelle gewähren.

\* Die Überleitung des politischen Gesandten in Berlin. Der polnische Gesandte in Berlin, Dr. von Wadyski, wird sich, wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, nach Ablauf seines Urlaubs in diesen Tagen nach Berlin begeben, um der deutschen Regierung sein Ablösungsschreiben zu überreichen. Die Entsendung erfolgt jedoch seines Nachfolgers, der in den nächsten Tagen fallen wird.

### Schweiz.

\* Eröffnung der Messe. Die 7. Schweizer Mustermesse ist am Sonnabend eröffnet worden. Sie dauert bis zum 24. April. Anmeldungen aus dem Ausland sind zahlreich als je eingelaufen. Die Messe bietet ein umfassendes Bild der Schweizer Standard-Industrien und eine detaillierte Übersicht über eine ganze Reihe von Produktionsweisen, die seit dem Beginn der wirtschaftlichen Krisis in der Schweiz eingeführt worden sind. Die teilweise Einführung der schweizerischen industriellen Produktion auf neue Bedarfsmärkte, die den veränderten Verhältnissen der Nachkriegszeit Macht tragen, ist besonders ausgeprägt in der elektrotechnischen Gruppe der schweizer Mustermessen sowie in den Gruppen der Maschinen und Transportmittel. An der Mustermesse beteiligten sich neben 900 Unternehmen, darunter die führenden Firmen der schweizer Industrie.

**Frankreich.**  
In Tocauer zeit im Ruhrgebiet. Der Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Tocauer begibt sich zu einer Inspektionsreise ins Ruhrgebiet. Er verließ Berlin am Sonntag abend. Nach einer Kurzmeldung wird wahrscheinlich auch der Kriegsmüller Maginot sich im Laufe der nächsten Woche nach dem Ruhrgebiet begeben.

**Das Schicksal Frankreichs.** Bei der Entstaltung eines Kriegerdenkmals in Düren stellte Volcans eine Rede, in der er sich ausführlich mit dem Reparationsproblem und mit der Beziehung des Ruhrgebiets beschäftigte. Nachdem er die bekannten Vorfälle gegen Deutschland wegen angeblicher Verfehlungen gegen den Versailler Vertrag wiederholt hatte, erklärte er, Frankreich werde seine Pfänder nicht gegen einsame Verfehlungen herauslösen und sich aus dem Ruhrgebiet nach Maßgabe der von Deutschland gesetzten Abblummen zurückziehen. Er gab an, daß die Stimmung in Amerika und England sich immer günstiger gehalten habe. Frankreichs Gedanke niemand zu erdrosten, es wolle sich nur beschützen und sich vor dem eigenen finanziellen Zusammenbruch bewahren. Sodann wandte er sich gegen den Vorwurf imperialistischer Bestrebungen und erklärte, unter Hinweis auf die französische Revolution niemand könne glauben, daß daselbe Frankreich den tollen Gedanken gehe, fremde Völker zu unterwerfen und sich Gebiete gegen den Willen der Bewohner anzueignen.

#### Schweiz.

Zur Regierungskonferenz. Der König hat den Führer der konserватiven Reichsrat a. D. Ernst Trüger beauftragt, die neue Regierung zu bilden.

#### England.

Aus dem Unterhaus. In der heutigen Unterhaussitzung wird der Schatzkanzler Baldwin sein erstes Budget einbringen. Nach ihm wird der Führer der Opposition Ramsay MacDonald das Wort ergreifen. Es wird erwartet, daß auch Asquith und Lord George sprechen werden.

Kein Rücktritt Bonar Law's. Amtlich wird von Downing Street heute nachmittag dementiert, daß Bonar Law bestätigt zurückzutreten.

#### Amerika.

Wilson wünscht Beitritt Amerikas zum Internationalen Gerichtshof. Der vormalige Präsident Wilson hat einen Brief veröffentlicht, in dem er sich für den beinahmungskostenen Beitritt Amerikas zum Internationalen Gerichtshof ausdrückt und erklärt, es würde dem Ansehen Amerikas noch besser entsprechen, wenn es die Unfruchtbarkeit und den Nutzen hätte, dem Völkerbund beizutreten und die volle Verantwortlichkeit für die Völkerbundsfazung zu teilen.

### Die Botschafterkonferenz zur Memellage.

Wie der "Petit Parisien" mitteilt, ist in der von der Botschafterkonferenz eingesetzten aus Vertretern der alliierten Großmächte, Litauens und Memels bestehenden Unterkommission zur Regelung des Memelstatus über eine große Anzahl von Artikeln eine Einigung erzielt worden. In einigen Punkten dagegen, nämlich in der Frage der Hafenverwaltung und des Durchgangsverkehrs auf der Memel ist keine Einigung zustande gekommen. Die Vertreter Litauens und Memels haben den Wunsch niedergelegt, mit ihren Auftraggebern darüber zu sprechen. Bis dahin sind des Verkehrs auf der Memel liegen Forderungen Polens vor. Unter diesen Umständen ist beschlossen worden, die Verhandlungen vorläufig auszufegen.

### Die Reichskonferenz der Bergarbeitervertreter.

Am 13. und 14. April tagte in Bielefeld die Reichskonferenz des Gewerkschaftsverbandes und der Bezirksteile des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, um zu den aus der wirtschaftlichen Entwicklung und der Besetzung des Ruhrgebiets sich ergebenden Fragen neben solchen organisatorischer Art Stellung zu nehmen. Der Verbandsvorsitzende Ottmann gab einen umfassenden Überblick über die Lage und unterstrich die Notwendigkeit der weiteren Abwehr des französisch-belgischen Stadtkampfes an Rhein und Ruhr. Der Antrieb zur Besetzung sei in den wichtigen

### Aus den Meißner Elbdörfern.

(Auszug aus den "Norddeutschen Streifzügen", Bd. III, 3.)  
(Schluß.)

Der nächste Tag führte mich auf die Hochfläche, die sich von Diesbar östwärts in der Richtung nach Großenhain erstreckt und die in der weithin sichtbaren Kirche von Wantewitz ihr Wahrzeichen hat. Von dieser Hochfläche, deren Untergrund aus Granit besteht, führen größere und kleinere, von Bächen genannte Schluchten nach Diesbar und Teufelskoffer herunter, alle mit üppiger Vegetation, alle von großem materiellem Reiz, in ihnen ein buntes Gemisch von Laub- und Nadelwald, verträumte Weiber, liebliche Bäche, Weinberge und Obstplantagen, in denen das Rot der Frühjahrsblüte mit dem Weiß der Kirchhöfe wechselt, das zwischen zahlreiche Stubben, die ein ländliches Haus beschatteten — alles friedlich und still unter der warmen Frühlingssonne, beim Gefang der Bögen und dem Wirken der Wildtaube. Wir erreichten das kleine Dorf Söhl. Links vom Wege schaut aus dem Blätterschmucke die kleine, grüne Burgbergkuppe. Schon längst beschäftigt mich die Frage, ob diese nach allen Seiten steil abfallende Erhöhung aus gewachsenem oder aufgeschüttetem Boden besteht. Der heutige Tag muß den Zweck lösen. Denn ich habe meinen lieben Freund Max Andra bei mir, der wohl als der beste einheimische Kenner der Vorgeschichte dieser Gegend, als der erfahrene Praktiker in der Bewertung der Fundstätte gelten kann, die hier Feld und Flur als Urlanden ihrer Geschichte bewahren. In wenigen Minuten durchqueren wir eine grüne Schlucht und erklimmen die kleine Plattform des Hügels. zunächst belohnt uns eine eigenartige Aussicht. Diesbar selbst und Seußig sind allerdings durch das Vorgehause größtenteils verdeckt, aber dafür sehen wir den Elbtal südwärts bis Zehren, nordwärts bis Borsig in zwei Schenkel eines sumptuosen Winkeles, dessen unsichtbarer Scheitel bei Diesbar liegt, und westwärts blicken wir weit hinein in das gelegnete Lommatzsch-Hügelland. Ich kann feststellen, daß die etwa 20 Quadratmeile messende Plattform der Kuppe in alter Zeit vermutlich als Ausgab diente; der Rest eines Karrenwegs, der sich in Schenkelwindungen hinauszog, deutet darauf, daß im Stebenjahrigen oder im Napoleonischen Kriege ein kleiner Gefolg dinausgesogen wurde, das nach beiden Seiten hin den Strom bestellt. Aber bei der Frage, ob der ganze Hügel natürlichen oder künstlichen Ursprungs ist, geht mein Datein zu Ende. Da übernimmt Max Andra die Weiterführung der Forschung. Mit fundigem Auge entdeckt er sofort Spuren von Brand im Gefüge des Erdreichs und rät vor allem das Feld zu begehen, daß sich, geradeaus bis zum hellen Abzugs der Felswand, rechts und links durch diese Schluchten gesichert, in der Richtung auf Diesbar hinzieht. Und da folgt dann eine Endbedingung der anderen. Der ganze Boden ist dunkel von Braunerde und geradeaus überzogen von ausgeprägten Scherben uralter Keramik. Da liegen vor allem die sonstigen Randschlüsse von Tongefäßen des Baumbergs Typus mit ihren charakteristischen Ringröhrenrinnen und Schnurenornamenten, auch einzelne Bruchstücke von Budelurnen. Daarischen liegen fast ebenfalls Scherben.

schaftlichen Interessenauflösungen der Räte zu liegen. Nur Lösung des Konflikts sei deshalb nur mit wirtschaftlichen Mitteln möglich. Nichterne wirtschaftliche Erwägungen dürften nicht durch unethisch-moralische Betrachtungen überdeckt werden. Auch wie Deutschen hätten das Interesse, alles zu tun, daß eine baldige durchführbare Lösung des Reparationsproblems gefunden werde. Der Redner befürchtete die Doktrin aus, daß die leistungsfähigen und leistungsschwachen Kräfte unseres Volkes sich zu aufeinander Arbeit zusammenfinden mögen; denn wie seien bei diesem Kampfe nur auf unsere eigene Kraft angewiesen.

Der Volkswirtschaftsleiter des Verbandes Dr. Berger-Bodrum referierte über die Wirtschaftslage, das Vorstandsmitglied Schmidt über die Schwierigkeiten, die sich aus der Lohnentwickelung ergeben. Martinöller vom Verbandsvorstand erläuterte die Ergebnisse der Ruhrbesetzung und die bisherige und die künftige Stellungnahme der Bergarbeiter dazu. Durch Verständigung zum Frieden und zur Freiheit ihres Landes zu gelangen, sei allein das Ziel, welches die Arbeiterschaft an der Ruhr erstrebe.

Die ausgedehnte Ausdrucksreise erzielte die volle Zustimmung der Konferenz an den Leitgedanken der Berichterstatter. Den streitenden, um ihre Lebenshaltung schwer kämpfenden Saarländern drückte die Konferenz ihre kürzlich Sympathien aus und beschloß, für sie einen Extrabeltrag in Höhe des zweimaligen Wochenbeitrages zu erheben.

Schließlich wurde einstimmig eine Entscheidung angenommen, in der der ausgetragene Wille, sich fremder Willkür und brutaler Gewaltanwendung nicht zu beugen,肯定 wird. Da die heutigen zwischen den Völkern stehenden Fragen nur noch sozialen und wirtschaftlichen Gründen und nicht politisch-militärisch gelöst werden können, verurteilte die Konferenz mit dem Gefühl des tiefsten Abscheus den Überfall französischer und belgischer Truppen auf eine friedliche arbeitende Bevölkerung. Sie weise aber auch den Gedanken weit von sich, durch Ablehnung von den bisherigen erfolgreich angewandten Abwehrmethoden die grausame Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung herauszubekämpfen. Es sei keine Weisheit der Regierung, keine Gelegenheit zur Ausbildung einer friedlichen Verständigung ungernicht vorbereiten zu lassen. Die Geschichte werde der Regierung, die als erste diesen Weg beschreite, diese Tat als Zeugnis innerer Stärke und tiefer Einsicht deuten. Der Weg zum Frieden führe über das schwere Opfer unseres verarmten Volkes. In der Erfahrung, daß es noch Jahren harter, aber freier Arbeit aller Völkerlosen möglich sein werde, die Lasten aus dem verlorenen Kriege abzutragen, deren Schwere nicht durch einziges Diktat, sondern durch gleichberechtigte Verhandlungen bestimmt sei, erfuhr die Konferenz die deutsche Regierung, ihren Plan zur Lösung der Reparationsfrage zur internationalen Förderung zu stellen.

### Fortwährend

werden Bestellungen auf das Nieler Tageblatt entgegengenommen! Man wende sich an sein zuständiges Postamt oder an seinen Briefträger, an einen Zeitungsverkäufer oder an die Zeitungsgeschäftsstelle in Niela, Goethestraße 59.

Bezugspreis einschl. Bringerlob 2400 M.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. April 1923.

#### Festvorstellung

zu Gunsten des Oberhessischen Hilfsbundes.

**)( Berlin.** Das Lessingtheater veranstaltete gestern abend eine Festvorstellung zu Gunsten des Oberhessischen Hilfsbundes, die durch einen Prolog von Ludwig Falda, gesprochen von dem Schauspieler Ernst Charchow, eröffnet wurde. Alsdann ergriff Reichstagsabgeordneter von Katzenbach das Wort zu einer Ansprache, in der er an das Ab-

kommen von der Deutschen Botschaft einen zu Gunsten des Deutschen Reichs an, an den erwarteten politischen Aufstand, der darauf folgte, und an die enttäuschende Entscheidung von Genf erinnerte. Der Redner kam sodann auf die allgemeine Lage Deutschlands zu sprechen und wies auf den Abwehrkampf hin, den das deutsche Volk zu führen und zu gewinnen ist. Er wünschte sich dann gegen den in manchen Kreisen unseres Volkes gehaltenen Gedanken einer bewaffneten Auseinander. Das wäre besseres Wahlkampf. Ein solches Beginnen verwandelt unser Vaterland in einen Hafen von Schutz und Träumen. Der neue deutsche Staat, die deutsche Republik, bestrebt jetzt ihre Neuerprobe. Vielen Staat zu fördern und zu schützen, ihn zu einem Ort des nationalen Gedankens zu machen, ist die Förderung der Stunde und die Pflicht jedes unserer Völker. Darum darf es kein Wanken und kein Schwanken geben. Darüber schloß mit den Worten: Deutschland über alles, im Unglück nun erst recht! Nach diesen Worten erhob sich das gesamte Haus und stimmte tiefbewegt stehend das Deutschlandlied an.

#### Bahnhof Oberhausen von neuem belebt.

\* **Oberhausen.** Der Bahnhof Oberhausen wurde von den Franzosen von neuem besetzt. Der Bahnhof war bereits von Januar bis Ende März von den Franzosen besetzt gehalten worden. Der Bahnhof war inzwischen von den deutschen Eisenbahnen wieder in Gang gesetzt worden.

#### Bergerung der Rheinschiffahrt.

)( Karlsruhe. Durch Ungleichheit einer offenbar völlig ungültigen französischen Schiffsmannschaft wurde dieser Tage unterhalb von Strasbourg die Habstrinne im Rhein durch einen gekenterten Schiff, das in der schmalen Fahrtrinne festgefahren war, gesperrt.

#### Deutsche Weinbestände beschlagnahmt.

\* **Köln.** Vom Kölnischer Zeitung wurden in Düsseldorf von der Belastungsbehörde wegen Nichtbezahlung der Weinsteuer Weinbestände von über 100 Millionen Mark beschlagnahmt.

#### Eröffnung der Frankfurter Messe.

)( Frankfurt. Die Frankfurter Frühjahrsmesse wurde gestern vormittags durch einen Besatz im Vortragsaal des Hauses "Werkbund" in Gegenwart zahlreicher in- und ausländischer Journalisten eröffnet.

#### Urteil der französischen Schiedsgerichts.

)( Düsseldorf. Das Revisiongericht hat die Revision des Ludwigshafener Eisenbahndienstes Gottfried Fried verworfen, den das französische Kriegsgericht in Landau zu anfangz. Jahren Zwangsarbeit verurteilte, weil er einen Befehl über die Führung eines internationales Auges nicht weitergegeben hatte. Ebenso wurden die Revisionen des zweiten Bürgermeisters von Ludwigshafen und des Leiters des Ludwigshafener Belastungsamtes verworfen. Das Urteil des Landauer Kriegsgerichts gegen den Eisenbahndienst Löchner in Ludwigshafen, der zu zehn Jahren Zwangsarbeit wegen angeblicher Beschädigung einer Lokomotive und Gefährdung eines Transports verurteilt worden war, wurde hinsichtlich der Strafbemessung aufgehoben.

### Vermischtes.

**Schwerer Flugunfall auf dem Tempelhofer Feld.** Sonnabend mittag gegen 12½ Uhr ereignete sich anlässlich der Probeflüge, die von der Verkehrs-deputation der Stadt Berlin auf dem Tempelhofer Feld veranstaltet werden, ein schwerer Unglücksfall. Das Tempelhofer Feld ist bekanntlich Berlins Hauptflughafen werden. Um die weite Deutlichkeit für dieses Projekt zu interessieren, hatte Stadtbaurat Dr. Adler zusammen mit den Luftreediteuren Aero Volo und den Unterwerken die Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, der Banken, des Handels und der Industrie am Sonnabend zu einer Belehrung mit ansehnlichem Kinostoff über die weitere Umgebung Berlins eingeladen. Weitere Flüge waren glatt verlaufen, als gegen 12½ Uhr das Flugzeug D 26 vom Aero Volo unter Führung des Piloten

der Germanen, ebenso die Lehmbauten der Slaven sind verbrannt, ohne etwas anderes zu hinterlassen als Brocken des vom Feuer gebräten Lehmverbunds und den schwärzlichen Ton der Erde. Aus ihr leigt alljährlich wie eine lichtfahrende Kunde dessen, was einst war, die fröhliche grüne Blütenpracht des Ahornbaums, die spippige grüne Saat und das fröhliche Geheime des Weinstocks empor, der die Ränder der Siedungsplatte umspannt.

#### Ansässiche Streifzüge

von Oberstudientrat Prof. Dr. Otto Eduard Schmidt.

**Echter Band:** Von Meißen ins Land Sachsen bis Wittenberg. Mit 8 Autotypien und 22 Federzeichnungen von Max Kübler. Inhalt: 1. Echtes Landeskundliches und geschichtliches Rücksicht auf Wittenberg. 2. Auf den Spuren Karls V. und Johann Friedrich des Großmütigen. 3. Die Lößnitzer Heide und Annaburg. 4. Siebenoda, Schöna und das Schildbürgerbuch. 5. In der Lößnitzer Heide. 6. Freyburg. 7. Belgern. Pretzsch und Lichtenberg. 8. Torgau. 9. Wittenberg.

**Zweiter Band:** Wanderungen in der Ober- und Niederlausitz. Mit 4 Autotypien und 31 Federzeichnungen von Max Kübler. Inhalt: 1. Einwohner und Gebäudezeichnungen von Max Kübler. Inhalt: 1. Echtes Landeskundliches und geschichtliches Rücksicht auf die Oberlausitz. 2. In der Stadt Bautzen. 3. Bautzen. 4. Vom Lößnitzer Wasser zum Queich. 5. Die Kloster Marienstern und Marienthal und das weltberühmte Gräuleinkalk Hochstein. 6. Bautzen und der Dubitz. 7. Senftenberg und Altdöbern. 8. Aus dem Spreewalde. 9. Von Görlitz über Freiberg und Guben zur Oder. 10. Schiedlo. 11. Das Elstertal an der Oder und sein Hinterland. 12. Vom Schlemales zur Schwarzen Elster. 13. Graf Brühl und seine Schlösser. 14. Das Saxonienjerstal Tobring und sein Gebiet.

**Dritter Band:** Aus der alten Mark Meißen. Mit 5 Autotypien und 15 Federzeichnungen von Max Kübler. Inhalt: 1. Meißen. 2. Die Lommatzsch-Pflege und das Geschlecht derer von Schleinitz. 3. Aus den Meißner Elbdörfern. 4. Großenhain und die Großenhainer Pflege. 5. Sabelitz. 6. Eine Fahrt um die Meißner-Lausitzische Nordsgrenze. 7. Siebenischen und Scharsenberg, die Burgen der deutschen Romantik.

**Vierter Band:** Kurzeit vergriffen, erscheint im Herbst in neuer Bearbeitung unter dem Titel: "Weltjachsen". (Vogtländ, Oberland, Pleißenland).

**Fünfter Band:** Aus dem Erzgebirge. Mit 10 Autotypien und 21 Federzeichnungen von Wedemar Müller, Erich Buchwald, Binnwald, Hans Rich, Heinmann, Johanna Schmidt, Schellerhan und Max Kübler. Inhalt: 1. Die Landschaft und ihre Besiedlung, das Volkstum und seine Kultur. 2. Freiberg. 3. Von Rochlitz über die Schönburgischen Schlösser und Zwönitz nach Schneeberg. 4. Annaberg. 5. Zum Hirschberg und Neißberg. 6. Vom Hirschberg über den Auersberg und Kränitz nach Aue. 7. Im Blaugebiet der Böhmische und der Blaue. 8. Saara. 9. Im Tal der Rothen Weißeritz und der Müglitz. 10. An den Südhängen des Erzgebirges. 11. Hirschprung.

flug aufstieg, um mit drei Fluggästen einen Rundflug anzutreten. Der Flug verlief glatt und programmäßig. Als das Flugzeug jedoch zur Landung niederzufahren wollte und sich unmittelbar über dem auf dem Tannenhofer Felde gelegenen Wölkchen befand, fügte es auscheinend in einer Kurve läch ab. Die Passagiere befanden sich in einer außerordentlich ungünstigen Lage in dem vollkommen zerstörten Flugzeug. Nur mit größter Mühe gelang es, die Schwerverletzten unter den Trümmern hervorzuholen. Die drei Fluggäste sind noch am selben Tage gestorben. Der Oberbetriebs- und Verkehrsleiter bei der Straßenbahn Otto v. Moszynski aus Schöneberg erlag in später Nachmittagsstunden seinen schweren Verletzungen; Verwundungsdirektor Vogdt starb wenige Stunden nach seiner Einlieferung ins Urban-Krankenhaus; der Stadtverordnete Höher mußte sich einer komplizierteren Operation unterziehen, doch konnte man ihn nicht retten, ein schwerer Schädelbruch führte in den Nachmittagsstunden seinen Tod herbei.

Eine weitere furchtbare Flugzeugkatastrophe. In Krakau ereignete sich eine jüngste Flugzeugkatastrophe, die vorläufig drei Todesopfer und die Verwundung von sieben Personen und die Demolierung eines zweistöckigen Hauses zur Folge hatte. Ein Militärflugzeug stürzte infolge einer Benzinpipeline in der Nähe des Hauptbahnhofs ab, durchschlug das Dach eines zweistöckigen Hauses und setzte es durch Explosion des Benzinhalters sofort in Brand. Der Flugzeugführer und der Eigentümer der Wohnung, in der die Explosion erfolgte, verbrannten. Der Beobachtungssoffizier sprang noch vor dem Absturz aus dem Flugzeug auf die Straße, wo er tot liegen blieb.

Wird in Berlin-Schöneberg. Gestern wurde in Berlin-Schöneberg ein etwa 20jähriger junger Mann mit einer Schußwunde im Kopf auf der Straße liegend aufgefunden. Er rief den Passanten, die sich über ihn beugten, noch zu: „Ich bin erschossen!“ und starb bald darauf. Die Ermittlungen nach der Persönlichkeit des Toten

und nach den Umständen seiner Ermordung hatten bis in die Mitternachtshütte keinen Erfolg.

**Einbruch in eine Gemäldegalerie.** Wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, wurde in der Gemäldegalerie des Hamburger Staats gebürenden Hauses Webel in Hamburg ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden neun sehr wertvolle alte kleinere Bilder von italienischen Meistern des 13. und 18. Jahrhunderts.

400 Fischerschiffe vermisst. Heute meldet aus Tokio: Das Marine-Departement hat Nachrichten aus Korea erhalten, daß an der Ostküste des Kalibinfels nach einer Sturmflut 400 Fischerschiffe und andere Boote vermisst werden.

**Streit um das Kaiser-Schloß in Posen.** Über die Verwendung des Königlichen Schlosses in Posen ist in der Stadtverwaltung ein lebhafter Streit entbrannt. Die einen wollen das Schloß zu einem großvolumischen Museum ausgestalten, die anderen verlangen die Räume für die Universität, die sie notwendig braucht.

**Sport.** **Niesaer Sportverein.** Die Ausbiente am gestrigen Sonntag in Niesa war gering. Die alte Herren-Döbelner Sportklub 4:0. Die 1. Jugend verloren in Waldheim vor dem Gaupiel gegen S.-V. Waldheim 1. Jugend 2:0. Im Mügeln trennte sich die 2. Jugendmannschaft von der dortigen 1. Jugend 1:1. Die Liga war infolge Ablage von „Fortuna“ Magdeburg spielfrei, da Platz spielunfähig.

### Rinanzielles.

**Niesaer Bank Akt.-Ges. zu Niesa.** Die Aktien der Gesellschaft kommen am Dienstag, den 17. 4. 1923, im Freiverkehr der Leipziger Börse zur Einführung, und zwar erfolgt die Notierung eines Kurtes, der sich auf sämtliche Aktien mit Dividendenchein 1923 ff. bezieht.

Heute letzter Tag: Eddie Polo 5. Teil.

Ab Dienstag der große Frauenfilm der Ufa:

## „Ueber alles siegt die Liebe“

Schauspiel in 6 Akten von Ladislav Vojela.

Gernivals-Duftspiel: Charlie Chaplin in „Chaplin als Pseudograf.“

Vorführungen: 7 und 9 Uhr. Eintrah 1,-, 7 Uhr.

Um gütigen Auftritt bittet die Besitzerin Anna Joch.

Ab Freitag 6. und letzter Teil „Sirsus Grah“.

### Weltwirtschaft.

**Bewirtschaftende Preiserhöhungen für Zucke.** Man schreibt dem „B. Z.“: Die deutsche Zuckerkonvention hat in der letzten Zeit entsprechend den gestiegenen Herstellungskosten beträchtliche Preisaufschläge für laufende Aufträge festgesetzt. Diese Erhöhungen betragen beispielweise im März gegenwärtiger Januarlieferungen 1000 v. Et. bei Aufträgen aus Oktober 1922, 480 v. Et. aus November, 285 v. Et. aus Dezember; gegenüber den Februarlieferungen 115 v. Et. bei Aufträgen vom 1. bis 15. Januar 1923 und 90 v. Et. vom 16. Januar bis 5. Februar. Markmätha ausgedehnt stellen sich die Erhöhungen bis auf 49000 M. je Meter als Mindestsatz bei Waren über 10000 M. je Meter, bestellt zwischen dem 6. Oktober und 6. November 1922 und geliefert nach dem 12. März 1923. Der Zuckergroßhandel ist bisher dieser Bewegung nicht in gleichem Maße gefolgt und ein überwiegender Teil der namhaftesten deutschen Zuckerverkaufsfirmen hat noch auf der kürzlich in Dresden erfolgten Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Zuckergroßhändler beschlossen, vorerst von der Herausgabe neuer, erhöhter Wertsilben abzusehen. Sie machen jedoch jetzt bekannt, daß sie demnächst selbst bei gleichbleibender Rente im Hinblick auf die in letzter Zeit stark gestiegenen Gewichtsunfukten wesentliche Preiserhöhungen vornehmen müssen.

**Gründung einer Sachsischen Roggen-Mentenbank.** Am Sonnabend erfolgte in Dresden, veranlaßt durch das immer dringender werdende Kreditbedürfnis unserer heimischen Landwirtschaft, die Gründung der Sachsischen Roggen-Mentenbank, A.G.

### Marktberichte.

Auf dem Großenhainer Wochenmarkt stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Riepe 450 M., Eier, Stück 320 M., Brühkohl 400 M., Rübels, alter, 60 M., Möhren 60 M., Radisches, Blättern 120 M., Rhabarber 300 M., Sellerie 150 M., Spinat 500 M., Zwiebeln 120 M.

### Neue und gebrauchte

## Pianos

zu grügel u. Tafelklaviers  
preiswert zu verkaufen.  
**Richter** Alberplatz 6.

## Poko

Frauermaschine  
7- u. 5-teilig, neu  
und gebraucht, verkauft  
Schreibmaschinenhaus  
C. Müller, Dresden-Alt.,  
Villenstraße 42.

**„Riesolda“**  
bewährtes Mittel gegen  
Ungeziefer. Zu haben bei  
Kreisau Maake.

Kochherde, Unterofen  
Wirtschaftsofen mit  
Kessel usw.  
empfiehlt billigst  
**Boni Schieritz, Glaubitz**

**Pappkartons**

sind preiswert abzugeben.  
Rauchaus Tropowitz  
Nacht.

**Rotwein-, Cognac-,  
Sektflaschen**  
(grau und halbe) kaufen  
jedes Quantum  
**Ernst Schäfer Nacht.**  
Ecke Pauliner Straße.

**Frisch  
gestochenen Spinat**  
empfiehlt billigst  
**Emil Klinger,**  
Bismarckstr. 11a.

## Fleischsalat

empfiehlt nur dosenweise  
**H. Gruhle.**

**H. grüne Heringe**  
**H. Schellfisch.**  
Carl Wagner, Gröba,  
Otto Wagner, Mödran.

**Ärliche grüne Heringe**  
Blind 500 M., empfiehlt  
Friedr. Koch, Hauptstr. 19.

## Händler- heringe

täglich frisch bei  
**H. Gruhle.**

Morgen **ff. Seefisch**  
frisch  
Ernst Schäfer Nacht.

**Achtung!**  
Diese Woche täglich  
**frische Seeftische.**  
Ärliche grüne Heringe.  
Clemens Bürger.

— Mittwoch, den 18. April  
4 Uhr Schw.-Zusatz.

Die deutsche Nr. umfaßt  
6 Seiten.

## Zentral- Lichtspiel-Theater Gröba.

### Flachsäden

aus Stroh verkaufen  
Sächsische Flachs-  
bereitungs-Aufkult  
Dr.-Pl. Seithain.

### Geschäftliche und private

Drucksachen aller Art  
werden bei sauberster  
u. gleichmäßiger Aus-  
führung in kürzester  
Zeit angefertigt von  
Tageblatt - Druckerei  
Niesa, Goethestr. 39.

### Seu

instit zu kaufen  
Albert Mehlhorn,  
Gröba, Kirchstraße 10.

### Kaufe altes Gold u. Silber

zur eigenen Verarbeitung. Goldschmiede  
Georg Schumann, Hauptstraße 44.

### Lämmer-Verkauf.

Verkaufe von heute ab wieder einen  
größeren Posten  
prima Sandlämmer

ans der Stammflockerei Naundorf  
bei Mügeln.

Goethestr. 71  
Telefon 570.

**Holdevar Lamm.**

**Schuhputz**

### Nigrin

erhält das Leder weich.  
Schwarz, braun, gelb  
und weiß.

### Vereinsnachrichten

Niesaer Sportverein e. V. Dienstag 8 Uhr Vor-  
standssitzung Schlachthof. Freitag 8 Uhr Spieler-  
zusammenkunft Barth. Übungsaufende wie be-  
kannt gemacht. Liste für Vergnügungen bis Ende  
dieser Woche Barth; nur die in dieser Liste ein-  
getragenen Personen werden eingeladen.

### Frischgebrannt. Graukalk

empfehlen  
die Eulischen Galerwerke Pölitz b. Oschatz Sa.  
— Ferndorf Amt Oschatz Sa. Nr. 174. —

### Junge Gänse

gibt preis-  
wert ab

**Georg Habericht,**  
Gänsemösterei, Böberken.  
Telefon Niesa 169.

### Junge Gänse

verkauft täglich

Thomas, Neffen.

### Lämmer-Verkauf.

Verkaufe von heute ab wieder einen  
größeren Posten

prima Sandlämmer

ans der Stammflockerei Naundorf  
bei Mügeln.

Goethestr. 71  
Telefon 570.

**Holdevar Lamm.**

### Schuhputz

### Nigrin

erhält das Leder weich.  
Schwarz, braun, gelb  
und weiß.

### Gegründet — 1814 —

### Fernsprecher — 225 —

### Bauglaserei

### Paul Ruhl, Oschatz

Referenz: —

Amtshauptmannschaft Oschatz,

Eisenbahnbauamt Leipzig und Briesn.

Landesamt Melzen,

Stadtrat (Bauamt) Oschatz, Briesn, Strehla,

Gemeinden Borna, Lomnitz, Weida, Landes-Bauungs-Gesellschaft „Sachs. Helm“ Dresden, ansässiger und kleiner Leitender und ausführender Architekten und Baumeister, Banken, Fabriken und Private.

### Voranzeige!



### Voranzeige!



### Hotel Höpfner.

Freitag, 20. April, abends 8 Uhr.

Als ganz besondere Überraschung bringt Herr Höpfner

die konkurrenzlos dastehenden

### Leipziger Konzert-Sänger.

Alles Näherte sieben Plakatkästen!

Vorverkauf bei Wittig, Bäckerengäß, Wettinerstr.

und in der Buchdruckerei Abendroth.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

### Die abgelehnte Räumung.

Gestern ist ein offizieller Bericht über eine diplomatische Konferenz so unklar und nichtsondernd gewesen, wie derjenige, der über die Pariser französisch-belgische Konferenz veröffentlicht worden ist. Das deutet zunächst, daß die Einigkeit zwischen Poincaré und den Belgien nicht mehr so groß ist wie man die Offenheit gern glauben machen möchte. Frankreich hat offenbar weitgehende Verhandlungen in Bezug auf die krasse Überleitung für die weiteren Aktionen im Ruhrgebiet geführt, denen die Belgier nur teilweise zugestimmt haben. Unzulässig wird schon jetzt angeführt, daß Poincaré verständlich nach Brüssel reisen werde, um die Verhandlungen fortzuführen. Die Pariser Konferenz war aber nicht nur eine Verwaltungsratifikation für die technische und finanzielle Ausarbeitung der Organisation des befreiten Ruhrgebiets, wie Theunis sie genannt hat. Gleichzeitig enthielt der amtliche Bericht auch eine, wenn auch sehr zulässige Stellungnahme zu der Frage der politischen Ziele der beiden Besatzungsmächte. Diese Stellungnahme geht darin, daß man die Räumung des Ruhrgebiets und der anderen neubesetzten Gebiete im Rheinland nicht auf bloße Reparationsforderungen Deutschlands hin vornehmen will, sondern erst allmählich nach Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Es scheint, daß die Belgier möglichst auf den Text dieser Erklärung eingewirkt haben. Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß Theunis eine Wiederanwendung der französisch-englischen Verhandlungen bringend wünscht, und diese sind nicht möglich, solange Poincaré die Räumung schroff ablehnt. bemerkenswert ist, daß auch in der französischen Presse eine gewisse Zurückhaltung in Bezug auf die Räumung festgestellt ist. Theunis hat auf Poincaré darüber einwenden wollen, daß er in der bevorstehenden Dänkirchner Rede die Räume der Verhandlung mit England nicht endgültig erreicht. Diese ihm abgerungenen Wählungen wird Poincaré wahrscheinlich in Dänkirchen durch Schroffheit der Sprache und durch scharfe Drohungen zu erzwingen suchen. Man wird in Deutschland gut tun, sich demgegenüber von vornherein mit Unempfindlichkeit und Gleichmäßigkeit zu wappnen.

Poincaré müßte freilich nicht der geschickte Diplomat und böswillige Politiker sein, der er von jeher war, wenn er es nicht verstanden hätte, die Pariser Erklärung so einzurichten, daß sie zwar einerseits die Möglichkeit einer Verständigung mit England offen läßt, andererseits aber für Deutschland keine Tür für irgendeine Verhandlungsmöglichkeit öffnet. Denn diese Erklärung verträgt nur schwerbar eine Räumung, während sie sie in der Tat praktisch aufs neue ablehnt. Denn Poincaré weiß ganz genau, daß für Deutschland eine Erfüllung von Reparationsverpflichtungen auf Jahre hinaus unmöglich ist, da wie zunächst ein Moratorium und dann auswärtige Anleihen brauchen, um überhaupt wieder zahlungsfähig zu werden. Seine Erklärung besagt also nichts anderes, als daß er Ruhr und Rhein noch Jahre hindurch besetzt halten will. Alle deutschen Parteien sind aber darin einig, daß das Ziel jeder Verhandlung mit Frankreich nur die Räumung des Ruhrgebiets und der anderen befreiten Landesteile rechts des Rheins sein kann. Der Pariser Vertrag bezeichnet ausdrücklich die Gebiete am Rhein, die die Entente als Pfand für die Abnahme der Reparationen bestellt halten darf. Jede darüber hinausgehende Besetzung ist ein Vertragsbruch und niemals darf sich eine deutsche Regierung finden, die diesen Vertragsbruch durch ihre Unterstreichung nachträglich sanktioniert. Das Rossen Spiel, das sich bei der Unterschrift unter den Pariser Vertrag abgespielt hat und das Deutschland in die jegliche fürsorgliche Lage brachte, darf sich nicht noch einmal wiederholen. Nur in diesem Sinne kann die Antwort gehalten sein, die der Reichsaußenminister Rosenberg heute nachmittag anlässlich der Beratung seines Staats im Reichstag auf die Pariser Erklärung und auf die letzten Reden Poincarés erzielen wird. Solange Frankreich und Belgien die Räumung der Ruhr und die Rückgängigmachung ihres Rechts- und Vertragsbruchs ablehnen oder sie von irgendwelchen vorherigen Verpflichtungen abhängig machen, gibt es keine Verhandlungsmöglichkeiten. Denn wenn das Ruhrgebiet und das neubesetzte Rheinland als Pfand für deutsche Reparationszahlungen in Frankreich und Belgien hängen bleibt, was ist dann das befreite linksrheinische Gebiet? Eine Anerkennung der Ruhr als Pfand bedeutet — darüber sollte sich das deutsche Volk klar sein — auch den Verzicht auf das linksrheinische Deutschland, dessen endgültige Annexierung oder gewaltsame Umwandlung in einen Pufferstaat dann nicht mehr zu verhindern wäre. Von der Räumung der Ruhr, die das einzige Kampfziel der passiven Abwehr im Westen ist, hängt das Schicksal des deutschen Reiches ab.

### Die Pariser Besprechungen beendet.

Die belgisch-französische Konferenz ist Sonnabend vormittag zu Ende gegangen.

Nach der Sitzung der Konferenz wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die französischen und belgischen Minister sind heute vormittag aufs neue zusammengetreten. Sie haben die gemeinsamen Weisungen vorbereitet, die an Ihre Oberkommissare in den Rheinlanden und an General Degoutte ergeben sollen, und die die in den neubesetzten Gebieten eingeführte Zentralverrechnung und deren Kontrolle, die Verwendung des Extrages der Geldbussen und Belegschaftszahlungen u. u. betreffen. Es ist beschlossen worden, daß die verschiedenen Waren und Produkte, die in den befreiten Gebieten beschlagahnhnt worden sind, um die von den beiden Regierungen oder ihren Staatsangehörigen gemachten Bekleidungen von Sachlieferungen zu bedenken, diesen direkt zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Überschuß der beschlagahnhnten Waren und Produkte wird von den französischen und belgischen Behörden verkauft werden. Der Extrage dieser Verkäufe wird der Rechnungsstasse der Pfänder überwiesen und der nach Begleichung der verschiedenen Belehrungs- und Betriebsosten überbleibende Betrag wird der Reparationskommission übermittelt werden. Die beiden Regierungen haben ihre Entscheidungen von Brüssel dahin bestätigt, daß sie die Räumung des Ruhrgebiets und der auf dem rechten Rheinufer neubesetzten Gebiete nicht von einzelnen Verhandlungen abhängen machen, sondern daß sie sie nach Fälligkeit der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen durchführen werden.

Über das Ergebnis der französisch-belgischen Konferenz verbreitete Pavao eine offizielle amtlich beeinflußte Mitteilung, in der die Agentur schließen zu können glaubt, daß die Verhandlungen in einem ausgesprochen technischen Rahmen abgeschlossen seien. Die belgischen und die französischen Staatsmänner hätten ihren gemeinsamen Willen gefunden, die Reaktion immer produktiver zu gestalten, damit sie sie so lange fortsetzen könnten, als es der deutsche Widerstand erforderlich mache. Daraus erklärten sich die Anordnungen zur Beschaffung der Kohleförderung der Kohlen- und Kohlräder, indem man das Personal vermehrte, sowie die Maßnahmen, die Kohlensteuer für die Kohlen einzuziehen, die den deutschen Gebrauch bestimmt seien. Außerdem sollte die Holzgewinnung in den Staatsforsten verstärkt werden. Schließlich bestätigte man, die „widerstandsfähigen“ Eisenbahnen aus fernherin auszuweichen. Andererseits hätten die französischen und die belgischen Minister den

## Die deutsche Wirtschaft nach der Ruhrbesetzung.

### Eine Erklärung des Reichswirtschaftsministers.

Der Berliner Korrespondent der „Svensk Ekonomitidning“, das offizielle Organ des schwedischen Großhändlerverbandes, hatte dieser Tage eine Unterredung mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker über den Stand der deutschen Wirtschaft vor und nach dem französischen Ruhrbesetzung. Der Reichsminister übte darüber aus:

Wer durch den Pariser-Milliardenstreiter, der das Bild der deutschen Wirtschaft verbüßt, zu blicken vermag, weiß, daß es dieser Wirtschaft schon vor dem Ruhrbesetzungsteinschlag auf gelaufen. Der vierjährige Krieg und der sogenannte Friedensvertrag von Versailles hatten ihr schon kaum so viel Blut gelassen, als sie zum Leben unbedingt braucht. Es würde tabellenswerter Optimismus sein, wenn ich irgendwie langsam wollte, daß der Ruhrbesetzung der Franzosen und Belgier der deutschen Wirtschaft schweren Schaden gebracht hat und jeden Tag weiter bringt. Diesen „Erfolg“, der allein bedeutend ist mit einer Vergrößerung der Nöthe Deutschlands, Reparationen zu leisten, haben die Franzosen zweifellos erzielt. Wie groß der angerichtete Schaden sein wird, das läßt sich bei der Höhe der gestörten inneren und äußeren Handelsberechnungen allermaßen berechnen. Eins aber scheint mir noch den vorliegenden Berichten aus Deutschland und Frankreich festzustehen: der Schaden, den Frankreich durch den Ruhrbesetzung in seiner eigenen Wirtschaft angerichtet hat, ist größer als der Deutschland zugezogene Verlust. Ein Trost soll uns die Feststellung dieser Tatsache freilich nicht sein. Dieser Ruhrbesetzung schadet Deutschland, er schadet Frankreich, er schadet Europa und er schadet der gesamten Weltwirtschaft. Jeder also, dem Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern die Voraussetzung menschlichen Lebens und Gedehens ist, muß den Ruhrbesetzung aus tiefe Bedauern und Verurteilung, er ist ein Verbrechen an Europa, ein Verbrechen an der Menschheit, begangen von gewissenlosen Kreisen Frankreichs, deren Freuden auch im eigenen Lande immer mehr in seiner Schwäche erkannt wird.

Eine gute Lehre könnten heute, nachdem die Franzosen und Belgier fast drei Monate im Ruhrgebiet sind, die Welt und namentlich unsere westlichen Nachbarn aus den getroffenen Erfahrungen ziehen: Über Deutschland ging seit Kriegsschluss als Damoklesschwert die Bedrohung der Franzosen mit dem Ruhrbesetzung. „Wenn Deutschland nicht auftuiglich genügend zahlt, dann werden wir kommen und uns bezahlen machen“, so hieß es ständig. Das Schwer ist kriechend heruntergefallen und liegt nun am Boden. Es ist in diesen drei Monaten der unumstößliche Beweis erbracht, daß man sich die erträumten Goldmilliarden mit Gewalt nicht holen kann, und daß es des besten Willens Deutschlands bedürfte, um das zu leisten, was es tatsächlich geleistet hat.

Es weilt sehr wohl, daß im Ausland, und zwar selbst in Kreisen, die uns wohlwollen, vielleicht die Ansicht verbreitet ist, die potentiellen Kreise der deutschen Wirtschaft hätten zur Befriedigung der feindlichen Forderungen nicht das beigetragen, was bei größerer Anstrengung möglich gewesen wäre. Vor mir liegt z. B. ein kurzer Bericht von Mitte Februar d. J. über eine Diskussion zum Ruhrproblem in dem Club der schwedischen Freihändler in Stockholm. Es sei mir erlaubt, die bekannten Zahlen über die deutschen Reparationsleistungen durch einige Beispiele zu illustrieren:

Am 21. Februar laufenden Jahres wurde in Deutschland und im Ausland in den Zeitungen eine Zusammenstellung über die Leistungen und Vermögensverluste Deutschlands aus dem Friedensvertrage im einzelnen bekannt gegeben. Diese Bilanz kam zu nachgewiesenen Leistungen und Vermögensverlusten der deutschen Wirtschaft vom 11. November 1918 bis 30. September 1922 in Höhe von 56½ Goldmilliarden; einschließlich des Wertes der deutschen Kolonien und Elsaß-Lothringens erhöhte sich diese Summe sogar auf über 100 Milliarden Goldmark. Was heißt das? Schwedische Wirtschaftler werden zum großen Teil das deutsche Eisenbahnnetz in seiner Bedeutung kennen, und wer es nicht kennt, kann sich leicht eine Eisenbahnlinie verschaffen. Die deutschen Eisenbahnen hatten vor dem Kriege eine Länge von etwa 64 000 km. Diese gewaltigen Anlagen, also der Grund und Boden und der Unterbau, die dazu gehörigen Betriebswerkstätten und Bahnhofsgebäude, die Güterdampfsuppen und das geläufige rollende Material an Lokomotiven und Eisenbahnwagen hatten in unserer Wirtschaftsbilanz einen Wert von

20 bis 25 Milliarden Goldmark. Deutschland gab also an Sach- und Verleihungen an die Entente bis September 1922 über das Doppelte solcher Wertes her und einschließlich Elsaß-Lothringens und der Kolonien über das Vierte.

Eine weitere Zahl, die auch den Value die Bedeutung der deutschen Leistungen klar vor Augen führt: Der volle Goldwert (nicht etwa der geringere Nominalwert) der gesamten Aktiengesellschaften des verkleinerten Deutschlands der Friedenszeit betrug am 31. Dezember 1918: 31,2 Milliarden Goldmark. Mehr als das Dreifache dieses gesamten Vermögens aller deutschen Aktiengesellschaften der Friedenszeit hat Deutschland allein bis Ende September 1922 hergegeben und abgetreten, die reinen Leistungen und Vermögensverluste allein machen fast das Dreifache jenes Vermögens der Aktiengesellschaften aus. Und in dem inzwischen weiter verlorenen Halbjahr — allein in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922 — betragen die weiteren Leistungen 500 Millionen Goldmark! — haben sich diese Leistungen fortgesetzt! Noch ein dritter Vergleich: Sämtliche deutsche Aktiengesellschaften kontrollieren in den letzten Jahren vor dem Kriege an Dividenden etwa 1½ Milliarden Goldmark jährlich auszütteten, das verkümmerte Deutschland zahlte allein im Jahre 1922 unter schwieriger Schädigung seiner Währung in dor und an Sachleistungen an die Entente, sowie an Belastungskosten 1,6 Milliarden Goldmark, also mehr als alle deutschen Aktiengesellschaften in glücklicher Friedenszeit als Gewinn an die heimischen Aktionäre auszütten könnten! — Jeden, der leben will, seien diese Zahlen, daß wie ich oben erwähnte, der deutschen Wirtschaft bereits viel zu viel Blut entzogen ist. Wenn aber über jede Leistungen hinaus die Deutsche Regierung, wie dies durch die Veröffentlichungen in der amerikanischen Presse inzwischen bekannt geworden ist, bereit war, der Pariser Konferenz im Januar d. J. ein neues Reparationsangebot vorzulegen, nach dem sie sich unter Garantie der deutschen Wirtschaft verpflichten wollte, der Entente eine stattliche Anzahl von weiteren Goldmilliarden zur Verfügung zu stellen, so sollte es demgegenüber doch auch dem Böswilligsten schwer fallen, die Reparationswilligkeit Deutschlands und seiner Wirtschaft bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit in Zweifel zu ziehen.

Ich möchte auch gleich noch einem anderen im Ausland vielleicht verbreiteten Irrtum in Zahlen entgegentreten. Es wird gesagt, Deutschland hätte seine Währung ruinieren, um seiner Industrie die Eroberung der Weltmärkte zu erleichtern. Deutschlands Ausfuhr hat im Jahre 1913 rund 10 Milliarden Goldmark betragen. In der Nachkriegszeit betrug der Wert dieser Ausfuhr in den Jahren 1919 bis 1922: 1,75 bzw. 5,10 bzw. 3,50 bzw. 4,00 Milliarden Goldmark. Die deutsche Warenausfuhr der Nachkriegszeit ist also sehr klein gewesen. Es kann daher nicht wahr sein, daß die deutsche Ausfuhr den anderen Ländern das Geschäft verdrängt habe, und daß dem deutschen „Währung-Dumping“ für die Arbeitslosigkeit in den anderen Ländern die Verantwortung zugeschoben sei. Dahingehende Betrachtungen sind oberflächlich. Es mühte sich um die Weltwirtschaft aus, wenn die kleine deutsche Warenausfuhr von 3½ oder 4 Milliarden Goldmark im Jahr, die sich über die ganze Welt verteilt, den internationalen Markt erschüttern könnte. Freilich sieht es schwierig nicht nur um die deutsche, sondern um die europäische und die Weltwirtschaft aus. Das ist richtig. Die Hauptschuld daran hat aber — das muß immer mehr Gemeingut aller wirtschaftlich Tendenzen werden — die aller Vernunft ins Gesicht schlagende, völlig verfehlte Konstruktion des Friedensvertrages von Versailles. Und dieser widersinnige Kontrakt setzte Frankreich nun noch mit dem Ruhrbesetzung die Krone auf, der Frankreich heute noch seinen eigenen Berechnungen schon monatlich mindestens 40–50 Millionen Franken kostet, seiner Eisenindustrie keine Kohle und keinen Rots bringt, die vielmehr zum großen Teil zum Stillstand zwang. Deutschlands Wirtschaft und seine Leistungsfähigkeit schwer schädigt und höchst eine Auslastung von Gas in eine arbeitslose Bevölkerung gestreut hat, von der man für ein friedliches Zusammenleben der Bevölkerung in der Zukunft das Allerwichtigste befürchtet muss. Wie schwer unter dieser Gewalt politik Frankreichs auch die Neutralen leiden, davon weiß ja auch der schwedische Handel und vor allem der schwedische Erzbergbau, dessen Förderung zum allergrößten Teil seither in der deutschen Schwerindustrie einen willigen und gutgehenden Abnehmer fand, ein Bild zu singen.

Grundsätzlich aufgestellt, daß die Kosten für Belehrungnahme des Ruhrgebiets als Pfand und dessen Ausweitung als Priorität an Frankreich und Belgien, die sie durchführten, zurückzuzahlen seien, und zwar aus dem Ertrag der Belehrung selbst. Erst der Niederschlag solle an alle Alliierten zur Verteilung gelangen. Zu diesem Zweck würden die französischen und die belgischen Behörden eine regelmäßige Buchführung einzrichten. Der Finanzminister de Vaktezie begeht sich deshalb nach Düsseldorf, um in einer Beratung mit den Technikern diese Organisation durchzuführen. Die belgischen und die französischen Minister hätten schließlich festgestellt, daß der englische Standpunkt vom französisch-belgischen noch zu weit entfernt sei, um zurzeit über die Reparationsfrage neue aussichtsreiche Verhandlungen mit England wieder aufzunehmen.

Dagegen habe man die Möglichkeit anerkannt, von den französischen und den belgischen Sachverständigen Grundlagen einer finanziellen Regelung der Reparationen aufzustellen zu lassen. Zu diesem Zweck werde Louis Barthou unter Beihand von Sedgwick mit dem belgischen Vertreter in der Reparationskommission, Delcroix, verhandeln. In diesem Zusammenhang scheine man die Absicht zu haben, sich vom Rahmen des Siedlungsplans vom 5. Mai 1921 nicht zu entfernen, der die Zahlung von Schatzbons A und B in Werte von 50 Milliarden und eine Reizahlung von 82 Milliarden durch Schatzbons C vorstelle. Man wisse, daß Poincaré auf der letzten Londoner Konferenz vorgeschlagen habe, die für die Liquidierung erforderlichen Summen aus den Schatzbons C zu entnehmen, wodurch die deutsche Schulde entsprechen berabgesetzt würde. In etwa 14 Tagen werde eine neue Konferenz der französischen und der belgischen Minister in Brüssel abgeschlossen werden, in deren Verlauf die zwischen den Sachverständigen geleisteten Arbeiten geprüft werden würden. Ohne Zweifel werde dann auch die Sicherheitsfrage geprägt werden, die auf der letzten Konferenz nicht berührt worden sei.

### Zur Neiße-Voucheurs.

„Echo de Paris“ schreibt, Poincaré habe sich die Aufgabe gestellt, alle möglichen Folgen, die die Neiße-Voucheurs nach England für die Haltung Belgien gehabt haben könnten, zu untersuchen. Vor der offiziellen Sitzung habe er eine einstündige Unterredung mit Theunis und Jaspas gehabt. Er habe mit besonderem Nachdruck erklärt, daß Voucheur auf eigene Initiative und unter seiner eigenen Verantwortung nach London gereist sei. Voucheurs Handlungen und Worte würden also in keiner Weise die französische Regierung

binden, die nach den diplomatischen Verhandlungen der letzten Tage in Paris und London nicht in der Lage sei, die optimistische Ausfassung Voucheurs zu teilen. Die Stunde für eine englisch-französisch-belgische Annäherung in der Ruhrfrage sei noch nicht gekommen. Es sei daher unnötig hinzuzufügen, daß man keine offizielle Mitteilung, durch die die Antithese Voucheurs übernommen würden, in Downingstreet abgegeben habe.

### Scharfer Protest der Reichsregierung.

Die französischen Belehrungsbehörden sind nunmehr auch in verschiedenen Orten des alten Reichsgebietes dazu übergegangen, ähnlich wie im Ruhrgebiet an Landesbeamte das unerhortete Recht zu verlangen, die Plakate der Rheinlandkommission oder sonstiger Belehrungsbehörden an der Innenseite der Schaufenster anzubringen. Die Rheinlandkommission sucht dieses ungeheurende Verlangen damit zu begründen, daß ihre Plakate an den Anschlägern oder den Häufern häufig abgerissen oder unleserlich gemacht werden, und versucht, ihre Entscheidung damit zu rechtfertigen, daß sie sich aus dem Rheinlandabkommen das Recht herleitet, Schaufenster für solche Zwecke requirierte zu können.

Gegen dieses Vorgehen der Rheinlandkommission hat der Reichscommis für das befreite rheinische Gebiet im Auftrag der deutschen Regierung in einer Note schärfsten Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß ein Requisitionsrecht der Rheinlandkommission nach dem Rheinlandabkommen überhaupt nicht zusteht, und daß auch nach den Bestimmungen des Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 nur der Armee, dieser aber auch nur in ganz besonderen Fällen, die hier keineswegs in Frage kommen, ein Requisitionsrecht zusteht. Nachdem im einzelnen die rechtliche Ungültigkeit dieser neuen Entscheidung der Rheinlandkommission dargelegt ist, besagt die Note, daß das nach dieser Entscheidung der Rheinlandkommission mögliche Anbringen von Anschlägen aller Art einen unerhörten Eingriff nicht allein in das Eigentum bedeute, sondern auch die Ehre deutscher Staatsbürger verlese. Die Entscheidung der Rheinlandkommission wird mit extremlicher Deutlichkeit als das gefürchtetste, was sie wirklich ist, nämlich als eine Bergewaltigung des berechtigten Empfängers deutscher Landesbeamter, die dadurch gezwungen würden, eine öffentliche Unbringung von Plakaten in ihrem Eigentum zu dulden, die nahezu ausnahmslos

deutsche Rechte und amtliche deutsche Anordnungen verstoßen. Nachdem die Note die Rheinlandkommission nachdrücklich auf alle die Gefahren hingewiesen hat, die aus einem solchen unerhörten und jedem Rechtsgefühl widersprechenden Verlangen sich entwickeln könnten, schließt sie mit der Forderung, diese widerrechtliche Entscheidung umgehend wieder aufzuheben.

## Deutscher Reichstag.

wb. Berlin, 14. April.

### Die zweite Veratung des Haushalts des Verkehrsministeriums

wird fortgesetzt.

Abg. Dauer (Wp.) schließt sich dem Dank an die rheinischen Eisenbahner für ihre tapfere Haltung an und kommt dann darauf zu sprechen, daß Bayern mit dem Überprora auf das Reich keine guten Erfahrungen gemacht habe. Nach den leidlichen Zusicherungen der Reichsregierung sollte die Vereinigung nicht dazu führen, daß nun alles von Berlin aus dekretiert wird. Tatsächlich werde aber, wie ein Vertreter des Ministeriums unvorsichtigerweise ausgeplaudert habe, die vollständige Aufhebung der Zweigstelle Bayern geplant. Das bayerische Volk stehe in seiner Mehrheit einig zusammen in der Wahrung der bayerischen Rechte.

Reichsverkehrsminister Gröner bedankt zunächst ebenfalls mit Worten wärmster Anerkennung der Eisenbahner, die durch die Franzosen von Haus und Hof vertreten sind. Die Bevölkerung werde alles tun, um diesen Opfern der Gewalt Hilfe zu leisten. Die im Ausschluß erfolgte Ausstrahlung über die Tarifpolitik habe viele Mißverständnisse aus dem Wege geräumt. Die Tarifpolitik werde von dem Grundsatz der Selbstkostenabdeckung dictiert. Die großen Mehrkosten infolge des Umbaus müßten aus allgemeinen Reichsmitteln gedeckt werden, nicht etwa durch Tarif erhöhung. Die Tarifpolitik muß den Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßt werden, andererseits aber die Leistungsfähigkeit des Apparats durch Selbstkostenabdeckung aufrecht erhalten bleiben. Die natürliche Verlade für die Abstellung überflüssigen Personals sei diesmal leider mit dem Umbreinbruch zusammen. Deshalb mußten Stückzahlen genommen werden, zumal sich bei der Eisenbahn die Grenzen zwischen dem besetzten und unbefestigten Gebiet nicht sofort ziehen lassen. Es würde es sehr begrüßen, wenn sich seine zentralen Befragungen auf ein möglichst geringes Maß einschränken ließen zugunsten einer größeren Selbstständigkeit der Direktionen. Die Dezentralisierung könne aber nicht von der Zentrale allein eingeleitet werden, sondern jeder Verkehrsinteressent müßte instinktiv daran mitwirken, als er die Zentrale nicht mit Schreiben bebelige, die draußen zu erledigen wären. Die Kostabrechnung des Personals gebe im Jahresdurchschnitt ständig zurück. Den Wünschen auf bessere Berücksichtigung der Techniker werde nach Möglichkeit Rücksicht gezollt. Die zweitstelle Bayern wolle er keineswegs aufheben, aber sie müsse mit wirklichem Leben erfüllt sein und die Zusammenarbeit mit der Zentrale müsse besser werden. Man schwimpe in Bayern dauernd über die Zentralisation, aber man habe auf alle seine Fragen auch nicht einen einzigen Fall nennen können, in dem die Berliner Zentralstelle unberedete Weise in die Kompetenz Bayens eingegriffen habe. Schließlich habe der Münchener Staatssekretär nur einen Temperamentsausbruch eines der hervorragendsten Mitarbeiter des Ministers aufführen können. Solche Temperamentsausbrüche hätten sich aber auch schon gegen ihn selbst gerichtet und er freue sich über die freimütige Haltung seines Mitarbeiters. Es sei jedoch mit dem Reichsgesetz nicht vereinbar, wenn man immer nur ein Land gegen die anderen auspielen wolle. (Beifall.)

Abg. Eichhorn (Nom.) bestreitet sich darüber, daß bei den Entlassungen bei den Arbeitern und unteren Beamten begonnen werde, statt bei den vielen überflüssigen höheren Beamten. Die Dienstdauervorwürfe seien eine glatte Beseitigung des 8-Stundentages. Der Dienst wäre dadurch vielleicht auf 15 Stunden ausgedehnt.

Abg. Wulle (Deutschöf.) bezeichnet die falsche Tarifpolitik als Uriecke der groben Feuerung. Wie sich bei den Geraer Vorgängen gezeigt habe, sei das Ministerium zum Willensvolksstreben der Sozialdemokratie geworden. Es sei ein Skandal, wenn die Erfurter Eisenbahndirektion die Durchführung des Gesetzes aller Fleißenden angeordnet habe, die Fahrkarten nach München hätten. Auch sollten Personen, die militärisches Ausleben haben und truppweise kommen, keine Fahrkarten ausgebändigt werden. Wolle General Gröner diese Politik der Antizipation vor den sozialistischen Organisationen weiter forsetzen?

Abg. Brennus (Soz.) betont, die Eisenbahner des besetzten Gebietes wollten den Abwehrkampf forsetzen.

## Stolze Herzen.

Roman von Alfred Tasse.

14. Fortsetzung.

Sein Gang wurde immer beschwingter. Und fast übermäßig fragte er föhlisch: „Sag, Christiane, freust du dich denn auch so — so ganz unabding — so — so läufig, daß du hüpfen und springen möchtest?“

Glücklich wiederholte die alte: „Läufen und springen! Am Himmel wissen, schwärmen Sie mir davon, Herr Lehrer! Sie wissen doch — mein Lieberchen!“

„Ach ja, ach ja!“ beschwichtigte er.

Christians Gestalt strahlte jedoch gleich darauf wieder, und sie lachte fort: „Ob ich mich freue? Sehen Sie doch nach in seiner Stube! Nirgendwo ein Schuhchen zu entdecken. Und kein Bett kann weicher und weicher sein wie seins. Und genau ähnlich Glad Heinz — He o — mir.“

Und unter dem Spiegel steht der blühende Mandelzweig, den ich in meinem Glase für ihn gezogen habe.“

Lehrer Heiland streckte ihr beide Hände hin. „Hab Dan, du alte, treue Seele.“ lagte er mit seiner guten, begeistigten Stimme. „In den Jahren, die meine liebe Alwine nur tot ist, hat die Heinz das Nest weich und heimisch gemacht, wenn er in den Ferien nach Lause kam. Ich danke dir's, und er wird dir's auch stets danken.“ Seine Blüte schwieben zu dem Bild über der Kommode hinüber. „Es ist, als ob du's ihr abgelernt hättest! Du Alwinen Lebzeiten durfte auch schon ganze Tage vor Weihnachten das Haus noch Kuchen und Honig, noch Wachstagen und Tannenzweige. Und wenn man gut horchte, war's, als fühlte es aus den Ecken her vor wie von Kepfeln und Rüschen — ach, du gelegene Weihnachtszeit!“ Weinen Jungen bringst du mit, und diesmal ist er schon ein ganzer Mann!“

„Ein ganzer Mann — ja!“ Aber sag, Christiane, Fräulein Lotte ist nun schon zwei Tage nicht hier gewesen!“

„Du lieber Gott, die Weihnachtsvorbereitungen!“

„Ja, ja, du hast recht. Sie wird alle Hände voll zu tun haben. Aber auch die Komtesse hat sich zwei Tage nicht fehlen lassen. Sonst guckte sie vormittags und nachmittags einmal herein und fragte:“

„Ich die!“ brummte die alte Christiane und glättete heilig an ihrer Schürze herum.

„Christiane, du sollst nichts gegen das gnädige Fräulein sagen!“

„Ich habe auch nichts gesagt.“

„Wer gebrummt hat du — und brummt noch. Du weißt, du machst mich damit böse.“

Christiane zerrte jetzt lärmlich an ihrer Schürze, und

verlangten aber, daß dieser Kampf nicht durch nationalistische Hebe entzweit und daß von der Regierung diesem Kampf bald ein klares Ziel gestellt werde.

Minister Gröner weist die Angriffe des Abg. Wulle auch ab. Die von diesem kritisierten Dinge seien Vollzugsmahnmahmen, für die das Ministerium nicht verantwortlich sei.

Abg. Teibert (Wp.) klaut über ungerechte Behandlung und Bestrafung der Eisenbahner. Die vom Minister für die Eisenbahn dieser Beamten eingeführten Neuerungen könnten nicht zur Steigerung der Arbeitsintensität führen. Abg. Schulz (Dem.) spricht die Zuverlässigkeit aus, daß sich die Beamten an Arbeit und Ruhe nicht von solchen Notwendigkeiten beeinflussen lassen, die zum bewaffneten Kampf auffordern. Unter einzigem Abwehrmittel, die passiven Wehrmilitärs, sei nicht von oben dictiert, sondern durch das vaterländische Gefühl der Beamten und Arbeiter. Meistens Freigabe der verhafteten Beamten sei jetzt die erste Forderung.

Minister Gröner sagt die wohlwollende Weisung der im Laufe der Debatte laut gewordenen Wünsche der Beamten und Arbeiter zu.

Abg. Deermann (Wp.) bemängelt die Art, in der an manchen Stellen die Entlassung der überschüssigen Arbeiter vorgenommen wurde.

Das Schloß des Ministers und der Staat mit den Zustimmungen dieses Ausschusses wurde angenommen. Die Präsident Dr. Ritter teilte mit, daß ein von Abgeordneten der Rechten unterzeichneter Antrag eingegangen sei, der die Aufhebung der jüngsten politischen Wohnnahmen gegen die Deutschöfische Freiheitspartei verlangt.

Abg. Dr. Quast (Wp.) erklärte, seine Freunde wollten sich durch die aus politischer Sichtseite geleistete Unterschrift den Inhalt des Antrags nicht zu eigen machen.

Ein Antrag, diesen Antrag auf die Tagesordnung der Montagssitzung zu legen, wurde gegen die Stimmen der Deutschöfischen abgelehnt.

Um 7 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag 2 Uhr.

Statut des Auswärtigen Amtes.

## Das 14. Opfer.

Wieder großer Beteiligung von Gruppenkämpfen, Parteien, Mitgliedern des Arzneipolitischen Direktoriums, Vertretern der Stadtverwaltung, mehreren Stadtverordneten und der Bürgerhauptmann wurde gestern nachmittag in Essen das vierzehnte Opfer des Osterabends zur letzten Ruhe getragen.

### Protest gegen verhängte Maßnahmen.

Der Magistrat in Buer hat an General Poignot ein Protestschreiben gerichtet, in dem er schärfste Verwahrung gegen die durch nichts bewiesene, in einem Schreiben des Generals an den Magistrat enthaltene Behauptung einlegt, daß der Bevölkerung die für die Beschädigung einer Eisenbahnbrücke in Beiroth kommenden Täter bekannt seien. Der Magistrat erhebt gleichzeitig schärfsten Einwand gegen die von Generalkommandanten Poignot über Buer verhängten Maßnahmen, durch die der Stadt u. a. eine Geldstrafe von 50 Millionen Mark auferstellt wird. Gegenüber der gleichfalls verhängten Straßenverperrung wird, daß sie die vollständige Rohrleitung des Wirtschaftslebens der Stadt, besonders des Bergbaus, hervorruft.

### Neubesetzungen, Ausweisungen, Verurteilungen

Die Franzosen haben am Sonntag in Soest-Emscher die Schachtanlagen Nordstern 3 und 4 (Phoenix), Vereinigte Weilheim (Steinkohlen) besetzt. Die Anlagen haben keine Kohlesicherung. Weiter wurden in Kreiswesel die gesamten Schachtanlagen der Bonifacius-Jeche (Gelsenkirchener Bergwerksgeellschaft), deren Tochter schon am vergangenen Sonntag besiegt worden war, besetzt. Bei der letzteren Aktion wurden von den Franzosen Taxis verwandt. Die Kolossal- und Brückenschäger der Jeche Bonifacius wurden von den Franzosen besonders bestraft.

Die Franzosen geben gegen die Eisenbahner immer rücksichtloser vor. Ein Zug mit etwa 80 Eisenbahnerbeamten und Arbeitern aus der Richtung von Griesheim hielt zwischen Weilerstadt und Darmstadt auf freiem Felde. Die Eisenbahner mußten vom Bahnhof aus nach Darmstadt gehen. Ein zweiter Zug hielt bei Gersheim. Die Familien der Ausgewichenen müssen innerhalb von vier Tagen folgen. Die Ausweisung erfolgte, weil die Eisenbahner erklärt hatten, für die Franzosen nicht arbeiten zu wollen.

In Herne besetzten französische Truppen das Gewerkschaftshaus, das evangelische und das katholische Vereinshaus.

In Oberhausen wurden neun Familien aus ihren Dienstwohnungen von den Franzosen entfernt. In Ehren-

breitbach wurden der Bahnhofsmeister Körb und der Oberhofmeister Kern mit einer Urteile von 12 Stunden aus ihren Dienstwohnungen verdrängt. Frau Kern mußte ins Krankenhaus gebracht werden. In Grevenbroich mußten vorgehören acht Eisenbahnerfamilien und die Familie des Bahnhofswirts ihre Wohnungen räumen. Der verhaftete Verkehrsbeamte Beder und Savoyen ist ausgewiesen worden.

Die am 12. April aus Düren ausgewiesenen Beamten wurden am Abend in Blankenberg a. d. Sieg ausgetragen. Sein Stellvertreter des Oberbürgermeisters in Düren erschien zwei deplorabile Kriminalbeamte mit der Aufforderung, die Kontribution von 15 Millionen Mark zu zahlen. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Bruckmeyer, erklärte, infolge des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung nicht in der Lage zu sein, den Beitrag anzugeben. Darauf wurde er verhext und abgeführt.

Der Vorstand des Bahnhofs Tuftselschlechtheim, Eisenbahnpolizei Schmelzberg, ist gestern von den Franzosen verhaftet und ausgewiesen worden. Seine Familie hat innerhalb drei Tagen zu folgen.

Wie die „Königliche Volkszeitung“ aus Crefeld meldet, heißt das belgische Kriegsgericht seine dritte Sitzung ab. Die Angeklagten Barth, Knoblauch, Petzold, Jacobs, Linzenberg und Verhaag waren angeklagt, entgegen den Vorschriften der Unteralliierten Kommission ihrem Dienst fortzuführen zu haben. Petzold wurde außerdem der Nichteilnahme von Waffen beschuldigt. Das Urteil lautete gegen Barth und Knoblauch auf 4 Monate Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe, gegen Petzold auf drei Monate Gefängnis und eine Million Mark Geldstrafe sowie für das Befestigen auf fünfzehn Tage Gefängnis und 100.000 Mark Geldstrafe, gegen Jacobs, Linzenberg und Verhaag auf zwei Monate Gefängnis und 100.000 Mark Geldstrafe, weil sie als Verteidiger ihre Untergaben zur Fortführung des Dienstes veranlaßt hätten. — Geschwaderkapt. Nikolaus Müller von der „Wehrdeutschen Landeszeitung“ in München-Gladbach erhielt 100.000 Mark Geldstrafe wegen Veröffentlichung des Vorlaufs der Einwirkungsnotiz der deutschen Reichsregierung vom 11. Februar 1923 gegen die Verordnung Nr. 140 der Unteralliierten Rheinlandkommission. Der Verleger und Redakteur Bohmann der „Grevenbroicher Zeitung“ in Grevenbroich erhielt 15 Tage Gefängnis und 100.000 Mark Geldstrafe wegen Veröffentlichung von Artikel zur Abreise, die der „Königliche Zeitung“ entnommen waren. Schärfste Wendungen sollen darin gegen die Werke der Beschleunigungsgruppen verstehen haben. — Der Betriebsleiter Bohmann von der Clever Straßenbahn war wegen beledigender Verhölder angeklagt. Er hatte den Befehl gegeben, einen verhafteten deutschen Soldaten nicht mit der Straßenbahn zu befördern. Bohmann, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, erhielt drei Monate Gefängnis und 100.000 Mark Geldstrafe. Mit ihm angeklagt war der Straßenbahnwagenführer Simon van Baal aus Bocholt bei Cleve, der den Transport mit dem betreffenden Soldaten nicht mitgenommen hatte. Er erhielt zwei Monate Gefängnis und 100.000 Mark Geldstrafe.

### Gegen die Zahlung der Kohlensteuer an französische Kassen.

Die Franzosen haben bekanntlich Ende Februar eine Verordnung über die Zahlung der Kohlensteuer an die französischen Kassen erlassen. Diese Verordnung stellt den Widerruf aller bisherigen Willkür und Brachstüttung des Rechts dar. Sie bestimmt, daß die nach dem 1. Oktober 1922 fällig gewordenen Kohlensteuern von den einzelnen Industriezonen an die französischen Kassen bezahlt werden müssen, obwohl den Franzosen genau bekannt war, daß diese Kohlensteuern restlos längst bezahlt sind und daß im Ruhrgebiet nicht die Kohlenindustrie, sondern das Kohlenund Salzsteuerzahler ist. Es wird also bewußt eine doppelte Bezahlung der Kohlensteuer, sonst für die lange vor dem Einmarsch der Franzosen liegende Zeit verlangt, und zwar von den Beziehern, die die Steuern gar nicht schulden. Nicht genug damit. Wenn die Bezieher sich weigern, die bereits bezahlten Steuern nochmals zu entrichten, so wird der Aufsichtsräten und den Leitern der Gesellschaften jeder Eingriff in ihr Privatvermögen und persönliche Schulden, eine im modernen Recht verbotene und den mittelalterlichen Rechtsbegriffen entnommene Zwangsmahnmethode ungedreht. Diese willkürlichen und rechtswidrigen Anordnungen sollten bereits am 1. April in Kraft treten. Der Termin ist von den Franzosen dann aber auf den 15. April hinausgeschoben worden. Den deutschen Kohlenindustriellen drohen daher jetzt wieder neue Gewalttaten. Sie haben sich dadurch in ihrer festen Abwehrhaltung nicht beirren lassen und einstellig den Beschluss gefasst, sich der Gewalt nicht zu beugen. Wenn die Franzosen ihre Drohungen wahr machen, werden sie nur von neuem den Beweis erleben, daß sie mit Gewalt im Ruhrgebiet nichts erreichen können.

die über unserm Dorte steht und leuchtet. — Ganz, wie einst meine gute Alwine.“ fügte er leise hinzu.

In diesem Augenblick schellte draußen die Haustürklingel. Christiane horchte und entschied dann: „Das ist Fräulein Lotte. Das gnädige Fräulein kommt nicht so rasch und so klein durch den Flur.“ Sie wendete sich nach der Tür, blieb aber auf der Schwelle stehen und fragte mit plötzlichem Einfall: „Ach, Herr Lehrer, noch eins. Wie heißt doch das Buch, das Sie mir gegeben haben?“ Sie ist so schwer zu behalten — weil's lateinisch ist. Aber als Haushalterin in einem Lehrechthaus darf man sich doch nicht blamieren, wenn die Kette darauf kommt.“

„Ja, ja.“ lächelte der Lehrer. „Heinz wird an deinem Eifer keine Freude haben. Sein Buch heißt: „Ecce ova!“

Christiane bemühte sich verzweifelt, den Titel zu wiederholen. Dann meinte sie: „Schön. Es klingt so — so noch etwas. Gleich nach den Feiertagen werde ich an das Studium gehen.“ schloß sie los.

„Bravo, Christiane! Aber willst du nun nicht nachsehen?“

„Richtig! Ach Gott, Fräulein Lotte.“ wollte die Witwe davonholen, „muß ich ja aus dem Mantel helfen?“

„Ich nicht mehr nötig, bin schon heraus.“ fiel eine helle Stimme ein. Fräulein Lotte stand auf der Schwelle, ein freundliches Lächeln auf dem frischen, frischgezügelten Gesicht.

„Recht, recht guten Tag, Fräulein Lotte. So lange nicht dagewesen. Sie haben mit recht gefehlt.“

„Sange nicht dagegen? Nur ja, zwei tolle Tage. Ich hoffe, dann haben Sie mir um so mehr zu erzählen. Ist ein neuer Brief von Freund Ernst angelangt?“

„Noch nicht.“

„Hat vielleicht die kleine Lucie schon etwas von sich hören lassen?“

Lehrer Heiland mochte in seinem Lehnsstuhl, in den ihr Fräulein Lotte niedergedrückt hatte, eine erschrockene Bewegung. „Lucie! Ach die hab' ich die ganze Zeit her gat nicht mehr gebadet. Und Christiane auch nicht.“

„Das brauchen Sie nicht.“ beruhigte ihn Fräulein Lotte. „Wir wollen nicht vergessen, daß das leichtsinnige kleine Ding seit mehr als sechs Wochen nichts von sich hören lassen.“

„Im Grunde genommen bin ich Lucie immer ein schlechter Onkel gewesen.“

„Aber Papa Heiland.“ lachte Lotte, „verliebt waren Sie in den kleinen Kobold.“

„Unsäglich wohl. Sie war ja auch immer gehorsam, heter und willig. Aber auf einmal mochte ich sie nicht mehr, konnte mir nicht mehr so recht ein Herz zu ihr fassen. Glauben Sie mir, es ist sogar manchmal etwas wie Widderwillen in mir gewesen.“